

E & W

Erziehung & Wissenschaft

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW 07-08/2022



Bildung. Weiter denken!

Außerordentlicher Gewerkschaftstag
21.–24. Juni 2022 | Leipzig

GEW



PERSPEKTIVENWECHSEL

Angehende Lehrkräfte lernen,
was es heißt, sozial benachteiligt
zu sein.

Seite 28

SOZIALINDIZES

Ungleiches ungleich behandeln:
Wie die Politik für mehr Chancen-
gleichheit sorgen kann.

Seite 31

VERSÖHNUNGSARBEIT

Schulen in Kolumbien versuchen,
den Kreislauf der Gewalt zu durch-
brechen.

Seite 36

EIN LEBEN

VERÄNDERN!

Mit einer Patenschaft können Sie Mädchenrechte stärken.



„WERDEN
SIE PAT:IN!“

Plan International Deutschland e.V.
www.plan.de



Gibt Kindern eine Chance

INHALT

Impressum	3
Auf einen Blick	4
Prämie des Monats	5

Schwerpunkt

Außerordentlicher GEW-Gewerkschaftstag „Bildung. Weiter denken!“



Foto: Kay Herschelmann

Weitere Berichterstattung zum GEW-Gewerkschaftstag unter gew.de/gewtag22 **6**



Hochschule und Forschung

Wissenschaftszeitvertragsgesetz: Ziel verfehlt	16
BAföG: Halbherzige Reform	20

Jugendhilfe und Sozialarbeit

„Kita des Jahres“: Moderne, gute Pädagogik **22**



Weiteres Thema unter gew.de/ew-7-8-22:

Diskriminierung: Wir sind alle Teil des Systems

Dialog

Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren	23
--	----

Hintergrund

Guter Unterricht unter schwierigen Bedingungen

Perspektivenwechsel: „Beziehung ist alles“	28
Sozialindizes: Der Anti-Matthäus-Effekt	31

Internationales

USA: Unternehmen in die Pflicht nehmen	34
Kolumbien: Katalysatoren der Versöhnung	36

fair childhood

Interview: Souvenirs aus Kinderarbeit	40
---------------------------------------	----

Schule

Schulbarometer: Überlastete Krisenmanager	42
---	----

Nachruf

Hans-Dieter Klein: Kluger, humorvoller Berater	43
--	----

Mitgliederforum

44

Diesmal

48

Impressum

Erziehung und Wissenschaft · 74. Jg.
ehemals: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Vorsitzende: Maïke Finnen

Redaktion

Ulf Rödde (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

Gestaltung

Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplusz.de

Verlag mit Anzeigenabteilung

Stamm Verlag GmbH, Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0, E-Mail: anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
Anzeigenschluss: am 5. des Vormonats



Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH unter www.presse-monitor.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: www.gew.de/ew



Foto: Kay Herschelmann

MEHR BAFÖG, WENIGER BEFRISTUNG

Der Gewerkschaftstag der GEW in Leipzig hat in zwei hochschulpolitischen Fragen wichtige Forderungen verabschiedet. In einem Dringlichkeitsantrag wurde die Bundesregierung aufgefordert, schnellstmöglich eine erneute Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) auf den Weg zu bringen und dieses Gesetz in ein Wissenschaftsentfristungsgesetz umzuwandeln (s. Seite 16 ff.). In einem weiteren Dringlichkeitsantrag sprachen sich die Delegierten für eine deutliche Erhöhung der studentischen Ausbildungsförderung auf 1.200 Euro im Monat aus (s. Seite 20 f.).

METE-EKŞI-PREIS ÜBERGEBEN

Nach zwei Jahren des Wartens wegen der Corona-Pandemie konnten am 17. Juni endlich die Mete-Ekşi-Preise 2020 und 2021 übergeben werden. 2020 teilten sich „Mpower“ und die „Schulpaten Berlin e. V.“ den Preis. „Mpower“ ist eine Gruppe junger Frauen, die in ihrem Meet-Kino-Projekt ein eigenes Programm gestalten. Die „Schulpaten Berlin e. V.“ vermitteln Patenschaften zwischen Schülerinnen und Schülern mit vorwiegend arabischem Hintergrund und Ehrenamtlichen. 2021 wurde die Gruppe „Interreligious Peers“ ausgezeichnet, die in Workshops an Berliner Schulen und Jugendeinrichtungen grundlegendes Wissen zu den verschiedenen abrahamitischen Religionen vermittelt. Der Mete-Ekşi-Preis erinnert an den Jugendlichen Mete Ekşi, der bei einer gewalttätigen Auseinandersetzung mit anderen Jugendlichen tödlich verletzt wurde. Der Preis wird seit 1992 vergeben.

PRÄVENTION GEGEN ISLAMISMUS

Was kann man tun, wenn sich Jugendliche radikalisieren? Wie lassen sich die Themen Extremismus und Islamismus in den Unterricht integrieren? Wo können sich Lehrkräfte weiterbilden und beraten lassen? Diese und weitere Fragen beantwortet eine neue Übersichtsseite für pädagogische Fachkräfte des Infodienstes Radikalisierungsprävention der Bundeszentrale für politische Bildung. Zudem bietet eine Print-Handreichung Orientierung und ermöglicht Unterrichtsplanung. Alle Angebote sind kostenlos. (www.bpb.de/312571)

Beitragsanpassung für Rentnerinnen und Rentner

Im Juli steigen die Renten im Westen um 5,35 Prozent, im Osten um 6,12 Prozent. Entsprechend werden auch die GEW-Beiträge für Rentnerinnen und Rentner angepasst. Ordnungsgemäß bezahlte Beiträge sind unabdingbare Voraussetzung für die Stärke und Durchsetzungsfähigkeit einer Gewerkschaft.

Rentnerinnen und Rentner sollen jedoch nicht mehr als 0,66 Prozent des Bruttoeinkommens als Beitrag zahlen, eventuell notwendige Änderungen und Korrekturen des GEW-Beitrags nimmt der zuständige Landesverband vor. Dazu reicht wie bisher eine Meldung an die Mitgliederverwaltung im Landesverband.

Nick Strauss, Schatzmeister der GEW

Korrektur

Mehrere Leserinnen und Leser haben uns freundlicherweise darauf hingewiesen, dass zwei Informationen in dem Infokasten „Kündigungsschutz für Schwerbehinderte“ zum Artikel „Den Menschen etwas zutrauen“ (E&W 6/2022, Seite 17) nicht ganz korrekt sind. Der Grad der Behinderung (GdB) wird nicht in Prozent ausgedrückt, sondern lediglich mit einer Zahl ohne Zusatz. Für die Feststellung einer Behinderung beziehungsweise Schwerbehinderung ist nicht die Agentur für Arbeit zuständig. Diese Aufgabe haben die jeweiligen Versorgungsämter der Länder. Bei der Agentur für Arbeit kann lediglich bei einem GdB von 30 oder 40 eine Gleichstellung mit dem GdB von 50 beantragt werden. Wir bitten, die Fehler zu entschuldigen.

PRÄMIE DES MONATS



Juli/August: Weinsset Lebenshilfe

Drei Bio-Weine aus dem Weinbau der Lebenshilfe.
Sozial, ökologisch und qualitätsbewusst. Eine gute Wahl.



Mitmachen lohnt sich!
Ein neues GEW-Mitglied werben und
Deine tolle Prämie gleich online anfordern:
www.gew.de/praeemie

Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.



Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102



LEBHAFTE DEBATTEN, REGER GEDANKENAUSTAUSCH

NADINE EMMERICH
freie Journalistin

MARTINA HAHN
freie Journalistin

Der außerordentliche Gewerkschaftstag der GEW, der unter dem Motto „Bildung. Weiter denken!“ stand, ist Geschichte. Vier Tage lang legten die 432 Delegierten aus allen Landesverbänden in Leipzig die Positionen der GEW zu bildungs-, beamten- und tarifpolitischen Themen fest. Ein Überblick.

Der außerordentliche Gewerkschaftstag war notwendig geworden, weil auf dem 29. Gewerkschaftstag im vergangenen Jahr, der wegen der Corona-Pandemie online stattfand, viele Debatten nicht geführt und wichtige Beschlüsse nicht gefasst werden konnten. Nach mehr als zwei Jahren Pandemie nutzten die Delegierten die Möglichkeit zu Diskussion und Gedankenaustausch reichlich. In vielen bildungs-, beamten- und tarifpolitischen Fragen hat sich die GEW klar positioniert und die Weichen für die kommenden Jahre gestellt.

So forderte die Mehrheit der Delegierten die Bundesregierung auf, die längst überfällige Reform des Arbeitszeitgesetzes endlich anzugehen; die Arbeitgeber sollten verpflichtet werden, die Arbeitszeit der Beschäftigten im Bildungsbereich zu erfassen.

Eine obligatorische Arbeitszeiterfassung hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) bereits 2019 in einem Urteil verlangt und die Mitgliedsstaaten aufgefordert, einen entsprechenden Gesetzesvorschlag vorzulegen (s. E&W 11/2019). Das ist in Deutschland bislang nicht geschehen.

Lehrkräfte etwa sind aufgrund zu hoher Arbeitszeitvorgaben gegenüber vergleichbaren Beschäftigten im öffentlichen Dienst schlechter gestellt, ergab bereits 2018 eine Studie des Göttinger Sozialwissenschaftlers Frank Mußmann (s. E&W 2/2018). Zwischen 14 und 19 Prozent der Lehrkräfte bewegen sich demnach sogar im Bereich überlanger Arbeitszeiten von mehr als 48 Stunden wöchentlich.

In einem weiteren Antrag sprach sich eine Mehrheit der Delegierten dafür aus, dass die Arbeitszeit der Lehrkräfte künftig nicht mehr per Gesetz oder Rechtsverordnung bestimmt, sondern „auf Augenhöhe“ mit den Gewerkschaften verhandelt wird. Wichtigste Forderung der GEW dabei: die Herabsetzung der Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden, damit Lehrerinnen und Lehrer mehr Zeit haben, qualitativ guten Unterricht vorzubereiten. Eine Reduzierung der Pflichtstunden sei der „Schlüssel zur Entlastung“, sagte der GEW-Experte für Tarif- und Beamtenpolitik, Daniel Merbitz.

Rahmenbedingungen der Schulsozialarbeit verbessern

In einem weiteren Beschluss forderten die Delegierten des Gewerkschaftstages Bund und Länder auf, die Rahmenbedingungen der Schulsozialarbeit auf Länderebene zu verbessern. Egal ob Stundenzahl, Bezahlung, Budget oder Ausstattung von Räumen – „unsere Schulsozialarbeit gleicht momentan einem Flickenteppich“, kritisierte ein Delegierter. Jede Schule mache diesbezüglich „ihr eigenes Ding“. Dieser Wildwuchs wirke sich vielerorts auf die Qualität der Schulsozialarbeit aus, immerhin „Schnittstelle zwischen Schule und Jugendhilfe“. Um flächendeckend qualitativ gute Schulsozialarbeit anbieten zu können, müssten klare Rahmenbedingungen und Mindeststandards vereinbart werden, heißt es in dem Beschluss. Die Länder werden aufgefordert, gesetzliche

Landesregelungen und dazugehörige Rahmenvereinbarungen zur Schulsozialarbeit zu erarbeiten und umzusetzen. An jeder Schule müsse mindestens eine Stelle für die Schulsozialarbeit geschaffen werden.

Nachhaltigkeit und Klimaschutz: unterstützen und aktiv einmischen!

Die immer wiederkehrenden Hitzewellen, die Dürre in vielen Teilen der Welt und auch in Deutschland führen uns allen vor Augen: Wir befinden uns mitten in einem Klimawandel. Die GEW macht sich daher für eine Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele (SDG) aus der Agenda 2030 der Vereinten Nationen stark – insbesondere für die inklusive und gleichberechtigte Bildung sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in allen Bildungsinstitutionen. Dazu verabschiedeten die Delegierten des außerordentlichen Gewerkschaftstages den Antrag „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Darin verlangen sie von der Bundesregierung sowie den Landesregierungen, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Zu den mehr als einem Dutzend Forderungen der GEW zählen ein inklusives Schul-, Ausbildungs- und Weiterbildungssystem, Geschlechtergerechtigkeit beim Zugang zu Bildung und Ausbildung sowie die Verankerung des



Leitbilds der Nachhaltigkeit in allen Bildungsplänen und Curricula. „Dazu brauchen wir auch Personal“, sagte GEW-Schulexpertin Anja Bensinger-Stolze – an Schulen und allen Bildungseinrichtungen, aber auch in Ministerien.

Beschlossen wurde außerdem der Antrag „Es gibt keine Arbeit auf einem toten Planeten – für ein lebendiges Klima in Lehre und Forschung“. Künftig will sich die GEW noch stärker in Debatten über die Folgen des Klima-

>>>



>>> wandels für Hochschulen und Forschungsinstitute, die zugleich auch Lehr- und Lernorte seien, einmischen. Der Begriff Klima wird dabei weit gespannt und zusammen mit guter Arbeit und nachhaltiger Arbeit sowie sozialer Gerechtigkeit gedacht: Klimaschutz sei mehr als Energie-sparen und Müllvermeidung – eine sozial-ökologische Transformation brauche ein ganzheitliches Konzept. Hochschulen und Forschungsinstitute müssten dabei eine Vorreiterrolle einnehmen.

Neuer Stiftungsname gesucht

Lebhaft ging es gegen Ende des viertägigen Gewerkschaftstages zu. Nach vielen, auch emotionalen Streitgesprächen um die Rolle Max Traegers in der NS-Zeit soll die nach dem ersten Vorsitzenden der GEW benannte Studienstiftung umbenannt werden. Die Delegierten sprachen sich mit Mehrheit dafür aus, dass die Max-Traeger-Stiftung (MTS) künftig nach einer Frau benannt werden soll, „die mit ihrem antifaschistischen Engagement vorbildhaft für den Förderungszweck ist“. Einen konkreten Namensvorschlag gibt es nicht; das Verfahren soll der Hauptvorstand regeln.

Der Name der Studienstiftung war innerhalb der GEW seit einigen Jahren wegen Traegers Mitgliedschaft im

Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) umstritten. 2017 veröffentlichte der ehemalige Vorsitzende der GEW Hamburg, Peter de Lorent, die erste wissenschaftlich fundierte Biografie Traegers (s. E&W 5/2017). In dieser kommt er zu dem Schluss, dass Traegers NSLB-Mitgliedschaft kein Beleg für eine nationalsozialistische Gesinnung sei.

Die GEW-Vorsitzende Maike Finnern hatte in der Aussprache dafür geworben, sich nicht auf eine neue Namensgeberin festzulegen, sondern die Stiftung nach ihrem Forschungsinhalt zu benennen. Zudem hatte sie dazu aufgerufen, die Debatte in Ruhe und nicht „in einer Minute Redezeit“ zu führen. Die Mehrheit der Delegierten folgte diesem Appell aber nicht.

Der bisherige Namensgeber Max Traeger war von 1947 bis 1952 erster Vorsitzender der GEW und wurde 1958 noch einmal gewählt. Er stand bis zu seinem Tod 1960 an der Spitze der Gewerkschaft. Noch im gleichen Jahr wurde die MTS gegründet. Sie fördert Forschungsprojekte und wissenschaftliche Publikationen zu Themen der Bildung. Heinrich Rodenstein, NS-Verfolgter und Nachfolger Traegers als GEW-Vorsitzender, hatte veranlasst, dass die Stiftung nach dem Verstorbenen benannt wurde. ■

ALTERNATIVE ZUM KÖNIGSTEINER SCHLÜSSEL



NORBERT GLASER
freier Journalist

Die Delegierten des GEW-Gewerkschaftstages in Leipzig haben sich in einem Initiativantrag dafür ausgesprochen, den Königsteiner Schlüssel nicht mehr anzuwenden. Nach diesem Schlüssel werden im Bildungsbereich Bundesgelder an die Länder verteilt. Ein auf dem Gewerkschaftstag vorgestelltes Gutachten unterstützt diese Forderung.

Die Zuweisungen des Bundes für Bildung sollen künftig gerechter ausfallen. Ein im Auftrag der GEW erstelltes Gutachten spricht sich dafür aus, einen sozial-indizierten Verteilungsschlüssel für Mittelzuweisungen des Bundes an die Länder zu nutzen (s. auch Seite 31 ff.). Dazu hat ein Wissenschaftlerteam den „Multiplen Benachteiligungsindex“ (MBI) entwickelt. Er soll neben der Finanzkraft der einzelnen Bundesländer auch soziale Bedürftigkeit und Bildungsstand der Bevölkerung berücksichtigen.

Das Team um Detlef Fickermann, Vorsitzender der Redaktion der GEW-Zeitschrift „Die Deutsche Schule“ und assoziiertes Mitglied im Wuppertaler Institut für bildungsöko-

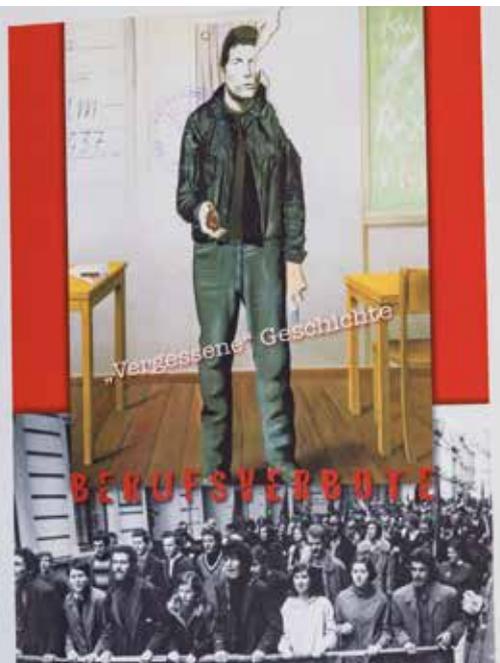
nomische Forschung, orientiert sich in seinem Vorschlag an Erfahrungen aus Großbritannien und Österreich. Der MBI ist bundeseinheitlich berechenbar und kann bis hinunter auf die lokale Ebene angewendet werden.

In den MBI fließen neun Indikatoren ein. Er integriert, bewertet und gewichtet Steuereinnahmen und Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, die Quote der Jugendlichen, die jünger als 15 Jahre sind und Ansprüche nach dem Sozialgesetzbuch II (Bildungs- und Teilhabepaket) haben, die Arbeitslosen- und Armutsgefährdungsquote sowie den Anteil der Bevölkerung ohne Berufsabschluss. Er berücksichtigt außerdem den beruflichen Status der Sozialversicherungspflichtigen sowie den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, die jünger als 18 Jahre sind, in der Alterskohorte und den Anteil der Zugewanderten aus anderen Staaten.

In der Bildung hat sich die ursprüngliche Intention des Bundes, schwächere Bundesländer besonders zu fördern, inzwischen ins Gegenteil verkehrt. Länder mit einem hohen Steueraufkommen erhalten den größten Teil der Bundesmittel. Verantwortlich dafür ist der sogenannte Königsteiner Schlüssel, der festgelegt, wie die einzelnen Länder an gemeinsamen Finanzierungen zu beteiligen sind. Der Anteil, den ein Land danach tragen muss, richtet sich zu zwei Dritteln nach dem Steueraufkommen und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl. So gibt der Bund den Ländern etwa im Rahmen des Digitalpakts Schule 500 Millionen Euro zur Anschaffung mobiler Endgeräte. Auf jede Schülerin, jeden Schüler entfallen davon im reichen Bundesland Bayern im Schnitt etwa 910 Euro, in Bremen mit vielen armen Familien aber nur 228 Euro. ■

DER RADIKALENERLASS VON 1972 UND DIE DARAUFGFOLGENDEN BERUFSVERBOTE WAREN AUCH THEMA EINER AUSSTELLUNG WÄHREND DES GEW-GEWERKSCHAFTSTAGES.

Foto: Kay Hirschelmann



„EIN ANRÜCHIGES JUBILÄUM“

NORBERT GLASER
freier Journalist

„Richtig und wichtig“ findet Heribert Prantl, Kolumnist und ehemals Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung (SZ), den kritischen Blick auf 50 Jahre Radikalenerlass und Berufsverbote im öffentlichen Dienst.

Prantl sprach auf der Abendveranstaltung am vorletzten Tag des GEW-Gewerkschaftstages in Leipzig von einem „anröchigen Jubiläum“, das einer intensiven Nachbetrachtung bedürfe. Der damalige Erlass habe das gesellschaftliche Klima vergiftet und eine ganze Generation auf Distanz zum Staat getrieben. Besonders betroffen: Bewerberinnen und Bewerber fürs Lehramt. Der frühere Ressortchef Innenpolitik der SZ und ehemalige Richter verlangte eine Entschuldigung bei den Betroffenen und deren Rehabilitation sowie dort, wo es angezeigt sei, auch eine finanzielle Entschädigung. Der Radikalenerlass habe Lebensentwürfe zerstört und Menschen aus der Bahn geworfen.

Die GEW-Vorsitzende Maike Finnern erinnerte an die historische Verantwortung ihrer Organisation. 124 Frauen und 169 Männer seien auf Basis des Unvereinbarkeitsbeschlusses in den 1970er-Jahren wegen „Mitgliedschaft oder Unterstützung“ von K-Gruppen aus der GEW ausgeschlossen worden. „Jeder Einzelfall ist einer zu viel“, so Finnern. Dafür bitte sie bei den Betroffenen um Entschuldigung. Die GEW-Vorsitzende wandte sich gegen Versuche, den Radikalenerlass aufleben zu lassen. Verfassungstreue lasse sich nicht durch Gesinnungsprüfungen feststellen. Auch Prantl plädierte dafür, im Kampf gegen Reichsbürger, Rechtsextremisten und AfD-Mitglieder zu anderen Mitteln zu greifen. Verfehlungen ließen sich strafrechtlich und disziplinarisch verfolgen. Der Verfassungsschutz habe versagt. Ein Verfassungsschutz, der diesen Namen verdiene, hätte, so Prantl, 1962 den Spiegel-Verlag gegen Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß (CSU) geschützt, die pogromartigen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 1992, die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), den Anschlag in Hanau 2020 und den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) 2019 verhindert. Den besten Verfassungsschutz sieht Prantl in aufgeklärten und demokratisch gesinnten Bürgerinnen und Bürgern. ■

E&W-Berichterstattung zum Thema Berufsverbote:
2/, 9/ und 12/2021, 3/2022



GÜNSTIGE GRUPPENREISEN MIT DER BAHN

Drei reale Beispiele aus unserer täglichen Arbeit:

Klassenfahrt Inland

- Frankfurt a. M. - Stralsund
- Angebot aus Januar 2022 für Mitte Mai 2022
- einfache Fahrt
- 16 Personen ab 15 Jahre
- 40 Personen bis einschließlich 14 Jahre

Bei uns nur

20,56 € p. Person

Insgesamt sparen Sie

**856,- €*

---**

Klassenfahrt Ausland

- Köln nach Straßburg (F)
- Angebot aus Januar 2022 für Fahrt Montag auf Freitag im Mai 2022
- Schnellfahrstrecke via FFM
- Hin- und Rückfahrt
- 4 Personen ab 15 Jahre
- 20 Personen bis einschließlich 14 Jahre

Bei uns nur

41,70 € p. Person

Insgesamt sparen Sie

**507,20 €*

---**

Klassenfahrt Ausland

- Berlin - Innsbruck (A)
- Angebot aus Januar 2022 für Juni 2022
- Hin- und Rückfahrt
- 14 Personen ab 15 Jahre, davon 4 Begleitpersonen
- 16 Personen bis einschließlich 14 Jahre

Bei uns nur

50,97 € p. Person

Insgesamt sparen Sie

**1.047,- €*

---**

Diese Preise gelten auch für jeden anderen Zielbahnhof in Tirol.

Ihre Klasse kommt auch günstiger ans Ziel!

Diese großen Ersparnisse können wir in zwei von drei Anfragen erzielen - von und bis zu jedem Bahnhof in Deutschland sowie den angrenzenden Nachbarländern.

Nutzen Sie unsere langjährige Expertise für Ihre klimafreundliche Klassenfahrt dank unserer Hand- und Kopfarbeit im Tarifdschungel. Sie ist nicht durch Computeralgorithmen zu ersetzen.

Fragen auch Sie gerne bei uns kostenfrei und unverbindlich an!

* Ersparnis gegenüber eigener Buchung woanders.



Foto: Kay Herschelmann

PROF. DETLEV BRUNNER, HISTORIKER JÖRGEN MICHAEL GOLL, MODERATORIN FRAUKE GÜTZKOW, DIE EHEMALIGEN GEW-VORSITZENDEN MARLIS TEPE UND EVA-MARIA STANGE SOWIE THOMAS LIPPMANN, EX-LANDESCHIEF DER GEW SACHSEN-ANHALT (V. LI. N. RE.)

EINE VIELSCHICHTIGE GESCHICHTE

JÜRGEN AMENDT

Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

NORBERT GLASER

freier Journalist

Der Gewerkschaftstag der GEW in Leipzig beschäftigte sich auch mit der jüngeren und älteren Geschichte der Organisation. Historiker diskutierten mit Zeitzeugen über den Einheits- und Transformationsprozess der GEW nach 1990, ein Vortrag widmete sich dem NS-Erbe der Bildungsgewerkschaft.

Ihre erste Ost-West-Begegnung mit Ost-Kolleginnen hat Marlis Tepe noch gut in Erinnerung. Die ehemalige GEW-Vorsitzende (2013 bis 2021) arbeitete 1990 im Bundesfrauenausschuss. Gleich in den ersten Gesprächen

mit den Ost-Frauen, so Tepe, seien die Unterschiede deutlich geworden. „Wir sprachen zwar alle die gleiche Sprache, aber Begriffe wie ‚Kollektiv‘ oder ‚Internationaler Frauentag‘ hatten für die Ost-Kolleginnen eine andere Bedeutung als für uns.“

Tepe diskutierte zusammen mit Eva-Maria Stange, GEW-Vorsitzende von 1997 bis 2005, zur Wende-Zeit Lehrerin in Dresden, Thomas Lippmann, GEW-Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt von 1998 bis 2016, ab 1986 Lehrer an einer Schule in Wallwitz (Sachsen-Anhalt), sowie den beiden Historikern Prof. Detlev Brunner und



*Bildungspolitisch war der Osten ein
Laboratorium für den Transformations-
prozess nach 1990.*



PROF. DETLEV BRUNNER,
HISTORIKER

Jörn-Michael Goll (beide Universität Leipzig) über die GEW im Einheitsprozess.

Stange und Lippmann machten darauf aufmerksam, dass die Eingliederung der vormaligen DDR-Gewerkschaften Unterricht und Erziehung (GUE) sowie Wissenschaft (GW) relativ reibungslos verlaufen konnte, weil die West-GEW nie versucht habe, dem Osten ihre Vorstellungen von Gewerkschaftsarbeit überzustülpen. Goll bezeichnete die Entwicklung der GEW im Einheitsprozess als Erfolgsstory. „Die ostdeutschen Landesverbände haben die Gesamt-GEW nachhaltig verändert“, so der Historiker. Dies gelte vor allem für den heutigen Charakter der GEW als Bildungsgewerkschaft. Zwar sei der Anspruch, nicht nur eine Gewerkschaft für Lehrerinnen und Lehrer zu sein, schon unter dem früheren Vorsitzenden Dieter Wunder (1981 bis 1997) als Ziel formuliert worden, doch erst nach 1990, als viele ostdeutsche Kolleginnen und Kollegen, unter denen nicht wenige Erzieherinnen aus den Schulhorten waren, Mitglieder wurden, habe die GEW dieses Ziel auch erreicht. „Bildungspolitisch“, so Golls Kollege Brunner, „war der Osten in positiver wie in negativer Hinsicht ein Laboratorium für den Transformationsprozess nach 1990.“ Positiv seien der Ausbau der frühkindlichen Bildung, der Auf- und Ausbau der Ganztagschulen sowie die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit zu nennen, negativ das Lohn-dumping, das auch auf den Bildungsbereich übergegriffen habe, sowie der Personalabbau und die Zunahme der Arbeitsverdichtung in den Einrichtungen.

Kompliziertes NS-Erbe

Noch einige Jahrzehnte weiter zurück in die Frühzeit der GEW führte zum Abschluss des Gewerkschaftstages ein Vortrag von Jörn-Michael Goll. Der Historiker referierte die Ergebnisse seiner Studie zum NS-Erbe der GEW („Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und das NS-Erbe“, Verlag Beltz Juventa, 2021, s. E&W 2/2021).

Lehrkräfte und ihre Organisationen hätten während der NS-Zeit weder positiv noch negativ eine Sonderrolle eingenommen, „ihr Verhalten war vielmehr genauso vielschichtig wie das der übrigen Bevölkerung“, fasste Goll die Ergebnisse zusammen.

Nach 1945 seien auch stark belastete Lehrkräfte schnell rehabilitiert worden. „Selbst die Minderheit jener, die auf Distanz zum NS-Staat oder in die Emigration gegangen war, hatte kein Interesse an einem Rückblick. Wichtiger war ihnen der Aufbau einer starken Organisation. Und das ging nur mit allen.“ ■



WEITER-BILDUNG

durch den Klassenfahrten-Coach

Thema: Klassenreisen im Schuljahr 2022/23

Inhalte:
aktuelle Lage • Reiserecht • Schulrecht
Versicherung • Stornierung

18.8. - 24.8. - 7.9.22

Dauer: ca. 90 Minuten

Kosten: 29€

Ort: online via Zoom

Anmeldeschluss: 1.8.22

Anmeldung unter: qrzilla.io/znBjX7



Tel.: 0351-8013176, E-Mail: wb@klawu.de

Ein Angebot der Agentur KLAUWU



SCHÜLER- UND FAMILIENREISEN ZU TOP-PREISEN



FÜR KINDER, JUGENDLICHE, SCHULKLASSEN UND CLUBS

In unserem Hotel finden Sie ein eigenes Freischwimmbad beheizt von Anfang Mai bis Ende Oktober (kostenlos), Liegewiese, Tischtennisanlage, zwei Sportplätze, Sonnenterrasse, Aufzug, Discopub, Fernsehraum, Sauna, Dampfsauna, Solarium und Whirlpool. Alle Zimmer mit Dusche und WC.

PREISE WINTER 2022 - 2023

Gruppen von 10 – 200 Personen	Skipass Speikboden
5 Tage Vollpension mit 4 Tage Skipass + warmen Mittagessen	EUR 249,00
7 Tage Vollpension mit 6 Tage Skipass + warmen Mittagessen	EUR 341,00
Weihnachten Vollpension pro Tag	EUR 33,00
Jänner bis Ostern Vollpension pro Tag	EUR 30,00
Hauseigener Skiverleih	Preis pro Skitag
Ski, Schuhe, Stöcke und Helm	EUR 10,00
Snowboard mit Schuhen und Helm	EUR 11,00

PREISE SOMMER 2023

April bis Oktober Vollpension pro Tag	EUR 29,50
Juli und August Vollpension pro Tag	EUR 32,00



Je 15 Personen ein Freiplatz

Familie Reichegger Alois · Lappach 217 · I-39030 Mühlwald (BZ) · Südtirol
Tel. +39 0474 685000 · www.rinsbacherhof.com · rinsbacherhof@rolmail.net

JA ZUR SOLIDARITÄT, NEIN ZUR AUFRÜSTUNG

JÜRGEN AMENDT

Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

NADINE EMMERICH

freie Journalistin

Das Bildungssystem steht vor immensen Aufgaben – auch weil geflüchtete Kinder und Jugendliche dauerhaft eine Chance auf Bildungsteilhabe verdient haben. Eine besondere Herausforderung ist dabei der Krieg in der Ukraine. Das zeigte sich in den Debatten auf dem Gewerkschaftstag der GEW in Leipzig.

Die GEW fordert Bund und Länder auf, die Voraussetzungen zu schaffen, dass allen geflüchteten Kindern und jungen Menschen schnellstmöglich die Aufnahme in Kitas, Schulen, Hochschulen und berufliche Qualifizierung ermöglicht wird. Die Delegierten begründeten den Antrag mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine und seinen Folgen auf globale Fluchtbewegungen. Der Krieg in der Ukraine habe Millionen Menschen, insbesondere Frauen und Kinder, in die Flucht gezwungen. Deutschland und seine Bildungseinrichtungen müssten ein sicherer Zufluchtsort für alle Geflüchteten sein. Auch wenn viele Geflüchtete den Wunsch hätten, bald zurückzukehren, werde ein großer Teil von ihnen voraussichtlich über einen unabsehbaren Zeitraum in Deutschland leben. „Bildung ist ein Menschenrecht und Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“,



*Bildung ist ein Menschenrecht
und Voraussetzung für die Teilhabe
am gesellschaftlichen Leben.*



MAIKE FINNERN,
GEW-VORSITZENDE

sagte die GEW-Vorsitzende Maike Finnern. Gerade die jüngsten, oft traumatisierten Geflüchteten benötigten besonders gute Bildungseinrichtungen. Diese müssten so ausgestattet werden, dass die Pädagoginnen und Pädagogen, die dort arbeiten, ihre Aufgaben dauerhaft bewältigen können. Kitas, Schulen und Bildungsträger benötigten dringend mehr finanzielle Mittel für Fachkräfte, Räume und Ausstattung, um ein gutes Bildungs- und Betreuungsangebot zu ermöglichen. Die Delegierten sprachen sich zudem dafür aus, dass pädagogische Fachkräfte aus allen Ländern – nicht nur aus der Ukraine – schnell und niedrigschwellig ein Beschäftigungsangebot an Schulen und Kitas erhalten sowie diskriminierende Hürden bei der Anerkennung internationaler Berufsqualifikationen abgebaut werden. Dabei müssten ihre fachlichen Qualifikationen unbürokratisch anerkannt und eventuell notwendige (Nach-) Qualifizierungsmaßnahmen in ausreichender Zahl angeboten werden. Die politische Debatte über die Unterstützung der Ukrainer mit schweren Waffen läuft auch in der GEW. Dies wurde in der Aussprache zu einem Antrag zur internationalen Solidarität deutlich, den der Gewerkschafts-



tag verabschiedete. Zu Diskussionen hatte einer von vier Änderungsanträgen geführt, in dem ein umgehender Waffenstillstand in der Ukraine und neue Initiativen zur Abrüstung gefordert werden.

In dem Antrag „Internationale Solidarität und Zusammenarbeit stärken – gerade jetzt!“, der bereits im Jahr 2021 formuliert wurde, plädiert die GEW neben einem engeren Miteinander für eine Intensivierung des friedenspolitischen Engagements, internationale Abrüstung und eine Abkehr von dem Zwei-Prozent-Ziel der NATO, nach dem alle Bündnisstaaten so schnell wie möglich mindestens 2 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben sollen. Der Änderungsantrag, über den in der Aussprache diskutiert und der schließlich angenommen wurde, ergänzte die ursprüngliche Fassung explizit um die Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und um ein Nein zum Sondervermögen Bundeswehr, erläuterte GEW-Vize Andreas Keller.

Bedenken hatte die nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Ayla Celik: Forderungen nach Abrüstung und Waffenstillstand könnten so verstanden werden, dass den Ukrainern vorgeschrieben werden solle, sich zu erge-



Wir versuchen, in diesem Änderungsantrag alle mitzunehmen.



MONIKA STEIN,
GEW-LANDESVORSITZENDE
BADEN-WÜRTTEMBERG

ben, sagte sie und sprach sich für eine Ablehnung des Änderungsantrags aus. „Wir sollten die Ukrainer selbst entscheiden lassen.“ Die Menschen hätten ein Recht auf Selbstverteidigung.

In der GEW gebe es viele Pazifistinnen und Pazifisten, aber auch viele Kolleginnen und Kollegen, die für Waffenlieferungen an die Ukraine seien, meinte dagegen die baden-württembergische Landesvorsitzende Monika Stein. „Wir versuchen, in diesem Änderungsantrag alle mitzunehmen.“ ■

ZIEL VERFEHLT



NADINE EMMERICH
freie Journalistin

Die Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) hat das Befristungsunwesen an den Hochschulen laut Evaluation nur leicht eingedämmt. Die GEW mahnt eine radikale Reform an.

Auf 243 Seiten belegt die Mitte Mai 2022 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) veröffentlichte „Evaluation des novellierten Wissenschaftszeitvertragsgesetzes“ detailreich: Die 2016 in Kraft getretene Reform des WissZeitVG hat unsachgemäße Kurzzeitbefristungen längst nicht so wirksam wie geplant verhindert. Das verantwortliche HIS-Institut für Hochschulentwicklung (HIS-HE) bilanziert: „Die Evaluation hat eine positive, jedoch noch keine nachhaltige Veränderung der Vertragslaufzeiten festgestellt.“ Kritischer liest die GEW den Bericht: „Die wesentlichen Ziele der WissZeitVG-Novelle wurden verfehlt“, sagt Hochschulexperte Andreas Keller. Laut HIS-HE betrug die durchschnittliche Vertragslaufzeit an den Universitäten 2015 rund 15 Monate (nicht promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler) bzw. 17 Monate (Promovierte); 2017 lag sie bei 21 bis

22 Monaten. 2018 und 2019 pendelten sich die Laufzeiten bei etwa 20 Monaten ein, im Pandemie-Jahr 2020 sank der Wert um 2,7 Monate.

Der Anteil der Kurzbefristungen konnte demzufolge nach der Gesetzesnovelle reduziert werden, es bleibe jedoch ein dauerhafter Sockel, stellt das Gutachten fest. Das Corona-Jahr 2020 nicht berücksichtigt, habe an Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) etwa ein Drittel der Verträge eine Laufzeit von weniger als zwölf Monaten, bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AuF) und in der Humanmedizin sei es ein Viertel.



Dieser Befund ist nicht nur dramatisch für die betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, auch die Kontinuität und damit die Qualität der Forschung und Lehre werden unterminiert.



ANDREAS KELLER,
GEW-VORSTANDSMITGLIED
HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Für die GEW reicht diese Entwicklung nicht aus und ändert nichts am Grundproblem. Der Anteil der befristet >>>



ASUS ExpertBook B3 Detachable

Der leistungsstarke und flexible Begleiter



Detachable Design
mit Fullsize-Tastatur



Integriertes Stylusfach
für höchste Flexibilität



Bis zu 12 Stunden
Akkulaufzeit



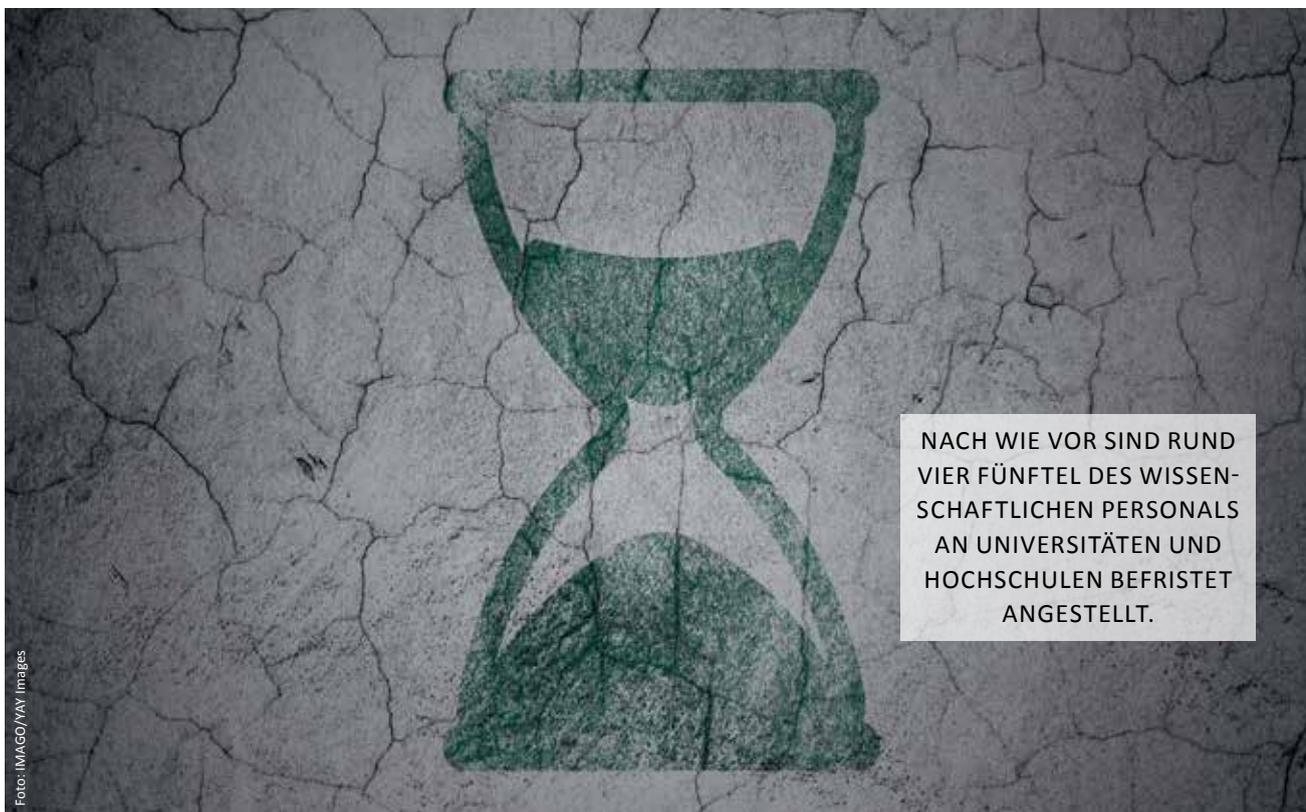


Foto: IMAGO/VA Images

>>> beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sei mit 84 Prozent an den Universitäten und 78 Prozent an den HAW so hoch wie vor der Reform, sagt Keller. Die Laufzeiten der Verträge seien wieder auf das Niveau vor 2017 zurückgefallen. „Dieser Befund ist nicht nur dramatisch für die betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, auch die Kontinuität und damit die Qualität der Forschung und Lehre werden unterminiert“, betont der Hochschulexperte.

GEW fordert Wissenschaftsentfristungsgesetz

Das WissZeitVG war 2007 in Kraft getreten und ermöglichte sachgrundlose Qualifizierungsbefristungen sowie befristete Arbeitsverträge bei Drittmittelfinanzierung. 2011 wurde das Gesetz erstmals evaluiert. Ergebnis damals: Mehr als 50 Prozent der Verträge, die zwischen dem 1. Februar 2009 und dem 31. Januar 2010 mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der Qualifizierungsphase abgeschlossen wurden, liefen kürzer als ein Jahr. Die Novelle von 2016 sollte dies eindämmen. Seitdem gilt, dass die Vertragslaufzeiten einer angestrebten Qualifikation entsprechen sollten. Zum Beispiel sollte während der Promotionsphase ein Vertrag so lange laufen, bis die Promotion abgeschlossen ist. Bei Drittmittelprojekten muss die Laufzeit des Vertrags identisch mit der Dauer des Projektes sein.

Dem aktuellen Evaluationsbericht zufolge gehen befristete Arbeitsverträge meist auf Qualifizierungsbefristun-

gen zurück: An den Universitäten werden 65 Prozent der Verträge auf dieser Basis abgeschlossen, an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen 82 Prozent. Die Drittmittelbefristung wird an Unis für 23 Prozent der Verträge genutzt. Der unbestimmte Rechtsbegriff der Qualifizierungsbefristung ist aus Sicht der GEW das große Problem: Er bietet so viel Spielraum, dass Arbeitgeber praktisch jede wissenschaftliche Tätigkeit als Qualifizierung ansehen können. Zudem betrage die durchschnittliche Promotionsdauer nach Angaben des Bundesberichts Wissenschaftlicher Nachwuchs 2021 knapp sechs Jahre (ohne Medizin), rechnet Keller vor. Bei einer Durchschnittsvertragslaufzeit von 1,5 Jahren könne das Qualifizierungsziel Promotion nicht erreicht werden. „Die Folge sind Kettenbefristungen – wer acht Jahre und länger wissenschaftlich an einer Universität beschäftigt ist, blickt im Mittel auf sieben bis acht Verträge zurück.“

Die GEW fordert daher die Weiterentwicklung des WissZeitVG zu einem Wissenschaftsentfristungsgesetz. Im Juni legte sie ein Acht-Punkte-Programm für ein solches Gesetz vor. Eckpfeiler sind unter anderem eine Engführung des Qualifizierungsbegriffes und Mindestlaufzeiten für befristete Qualifizierungsverträge. Ziel sei, bis zum Herbst einen Gesetzentwurf für ein Wissenschaftsentfristungsgesetz auszuarbeiten, heißt es darin. ■

Die acht GEW-Forderungen sowie der BMBF-Bericht unter: gew.de/ew-7-8-22

WAS MUSS

SEXUALKUNDE

IM JAHR 2022 KÖNNEN?

LIEBE UND SEXUALITÄT sind naturgemäß individuelle Themen und jungen Menschen ist es wichtig, dass ihren Bedürfnissen im Aufklärungsunterricht begegnet wird. Wir wissen: Schülerinnen und Schüler wünschen sich eine umfassendere und aktuellere Aufklärung. Genauso wollen Lehrkräfte den Sexualkundeunterricht pädagogisch und inhaltlich sinnvoll abbilden - nicht wenig Verantwortung.

Das Bildungssystem hilft nicht gerade: Wenig eingeräumte Zeit und veraltete Begriffe und Schaubilder in den Büchern. Wie also diese wichtigen Inhalte so abdecken, dass alle am Ende mit einem guten Gefühl aus dem Klassenzimmer gehen?

Das FAQ YOU (ehem. "Jugend gegen AIDS") Schulangebot unterstützt Sie dabei, den Sexualkundeunterricht bedürfnisgerecht umzusetzen. Unser hybrider Rahmen, der digitale und analoge Materialien, sowie Schulunterricht und externe Workshops abdeckt, besteht aus:



E - LEARNING

In digitalen Lehreinheiten wird Ihre Klasse durch den Sexualkundeunterricht geführt. In Videos kommen Fachpersonen, junge Menschen und tolle Gäste zu Wort. Arbeitsblätter können digital oder ausgedruckt bearbeitet werden. Am Ende jeder Einheit wird der Wissensstand in einem Quiz abgefragt. Sie können jederzeit den Lernfortschritt im Auge behalten und durch den modularen Aufbau Ihren Unterricht thematisch flexibel gestalten. Verfügbar ab September.

ACADEMYS

Seit 12 Jahren Teil unseres Konzepts: Ein Wochenende lang bilden wir in München Jugendliche mit Wissen und rhetorischen Werkzeugen aus, sodass sie im Anschluss an ihren eigenen Schulen Workshops für jüngere Klassen halten können. Durch den Peer-to-Peer Ansatz ermöglichen wir relevante Aufklärung auf Augenhöhe. Für die Schulworkshops senden wir Vortrags- und Anschauungsmaterial.

UNSER ANGEBOT ORIENTIERT SICH AN DEN LEHRPLÄNEN DER WEITERFÜHRENDEN SCHULEN ALLER BUNDESLÄNDER UND IST DANK DER FÖRDERUNG DES BUNDESTAGES IM SCHULJAHR 22/23 ZU 100% KOSTENLOS

Gefördert durch:

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

MIT LIEBE GEMACHT VON

OHHH! FOUNDATION E.V.
ERIK-BLUMENFELD-PLATZ 27
22587 HAMBURG GERMANY

MELDEN SIE SICH
JETZT ZU UNSEREM
NEWSLETTER AN!



HALBHERZIGE REFORM



VERENA KERN

Co-Chefredakteurin von klimareporter° und freie Journalistin

Beim Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist die Förderquote auf ein Allzeittief gefallen. Die Gesetzesnovelle der Bundesregierung geht zwar in die richtige Richtung. Doch die Abwärtsspirale wird so nicht gestoppt.

Eigentlich soll das BAföG einen Beitrag zu mehr Chancengleichheit leisten. Doch das Förderinstrument ist nur noch ein Schatten seiner selbst. Bei seiner Einführung vor gut 50 Jahren wurde noch rund die Hälfte der Studierenden gefördert. Heute ist die Zahl auf 11 Prozent abgestürzt, ein historischer Tiefstand. Das BAföG für Schülerinnen und Schüler wurde vor 40 Jahren sogar fast komplett abgeschafft.

„Dass 89 Prozent keine Förderung bekommen, heißt aber nicht, dass es ihnen allen gut geht“, sagt Lone Grotheer vom Dachverband der Studierendenvertretungen fzs (freier Zusammenschluss von student*innenschaften). Vielmehr zeige sich daran, wie groß die Versäumnisse der

vergangenen Jahre gewesen seien. „Man hat das BAföG weder regelmäßig an die Entwicklung von Einkommen und Preisen noch an veränderte Lebens- und Studienwirklichkeiten angepasst“, kritisiert Matthias Anbuhl, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks (DSW). Ergebnis: Freibeträge und Fördersätze sind viel zu niedrig. Die Folge sei „eine Form struktureller Armut unter Studierenden“, so Anbuhl. Wurden Anpassungen vorgenommen, wie bei der jüngsten BAföG-Novelle 2019, waren sie zu knapp bemessen, um eine Trendwende bei den Geförderten-Zahlen einzuleiten, wie die Bundesregierung selber einräumt.

Die erforderliche Trendumkehr beim BAföG wird auch diese Novelle nicht bringen.

In ihrem Koalitionsvertrag hatte die Ampelregierung Abhilfe versprochen. Gleich mehrere BAföG-Reformen plant sie in dieser Legislatur. Die erste, das 27. BAföG-Änderungsgesetz, ist im Juni verabschiedet worden und tritt ab September pünktlich zum kommenden Wintersemester in Kraft. Die Eile ist auch dringend geboten. Denn das Bundesverwaltungsgericht hat sich 2021 an das höchste Gericht in Karlsruhe gewandt – mit erheblichen Zweifeln, ob Bedarfssätze und Berechnungsmethode mit dem Grundgesetz vereinbar seien. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts steht noch aus.



Klar ist aber jetzt schon: Die erforderliche Trendumkehr beim BAföG wird auch die jüngst verabschiedete Novelle nicht bringen. Fachleute sowie Betroffene begrüßen zwar die Pläne als Schritt in die richtige Richtung, halten diesen aber für völlig unzureichend. „Das ist zu wenig für eine reale Verbesserung“, sagt Andreas Keller, GEW-Vorstandsmitglied Hochschule und Forschung. Ähnlich äußerten sich fast alle Sachverständigen bei einer Anhörung im Bundestag Mitte Mai. Die Kritik des „Zuwenig“ lässt sich praktisch an allen Punkten der Novelle durchdeklinieren: Der Grundbedarf wird um 5,75 Prozent auf 452 Euro, der Kinderzuschlag von 150 auf 160 Euro erhöht. Das ist mit Blick auf die aktuelle Inflation und die hohen Lebenshaltungskosten zu niedrig. Der Wohnzuschlag für Studierende, die nicht zu Hause wohnen, soll von 325 auf 360 Euro steigen. Doch schon ein WG-Zimmer als oft günstigste Wohnform kostet derzeit im Durchschnitt 414 Euro. Die GEW fordert daher einen BAföG-Höchstsatz von mindestens 1.200 Euro. Auch die Freibeträge sollen angehoben werden, beim Elterneinkommen um 20,75 Prozent, beim Vermögen der Geförderten von 8.200 auf 15.000 Euro bei unter 30-Jährigen und auf 45.000 Euro bei über 30-Jährigen. Allerdings: Nicht einmal die Bundesregierung rechnet

damit, dass die Abwärtsspirale gestoppt wird und bald sehr viel mehr Studierende BAföG erhalten werden. In ihrer Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion räumte sie ein, die Gefördertenquote werde durch die Novelle nur unwesentlich steigen.

Eine wirkliche Strukturreform steht noch aus.

„Die Novelle hat etwas Provisorisches“, sagt Ulrich Müller vom Centrum für Hochschulentwicklung CHE. Er vergleicht das BAföG mit einem Oldtimer, an dem immer nur ein wenig geflickt und herumgeschraubt wird. „Man verliert das große Ganze aus dem Blick.“ Gemeint ist eine wirkliche Strukturreform. Obwohl im Koalitionsvertrag angekündigt, enthält die Novelle keinen Vorschlag auf regelmäßige Anpassung der Bedarfssätze, keine Verlängerung der Förderungshöchstdauer, keine Maßnahmen zur Reduzierung des Darlehensanteils, keine Wiedereinführung des Schülerinnen- und Schüler-BAföG, keinen Einstieg in eine elternunabhängige Förderung, keine vollständige Digitalisierung bei der Antragstellung. Geld jedenfalls wäre genug da. Seit Jahren fließen Hunderte Millionen Euro an BAföG-Mitteln in den Haushalt zurück – weil sie nicht abgerufen werden. ■

MODERNE, GUTE PÄDAGOGIK



Foto: Olgakrippe



Eigentlich machen wir nur unsere Arbeit.



MONICA KARACIC,
LEITERIN „FAMILIENZENTRUM OLGAKRIPPE“

CHRISTOPH RUF
freier Journalist

Das „Familienzentrum Olgakrippe“ in Heilbronn gibt den Kindern größtmögliche Eigenverantwortung. Ein Besuch in der frischgekrönten „Kita des Jahres“.

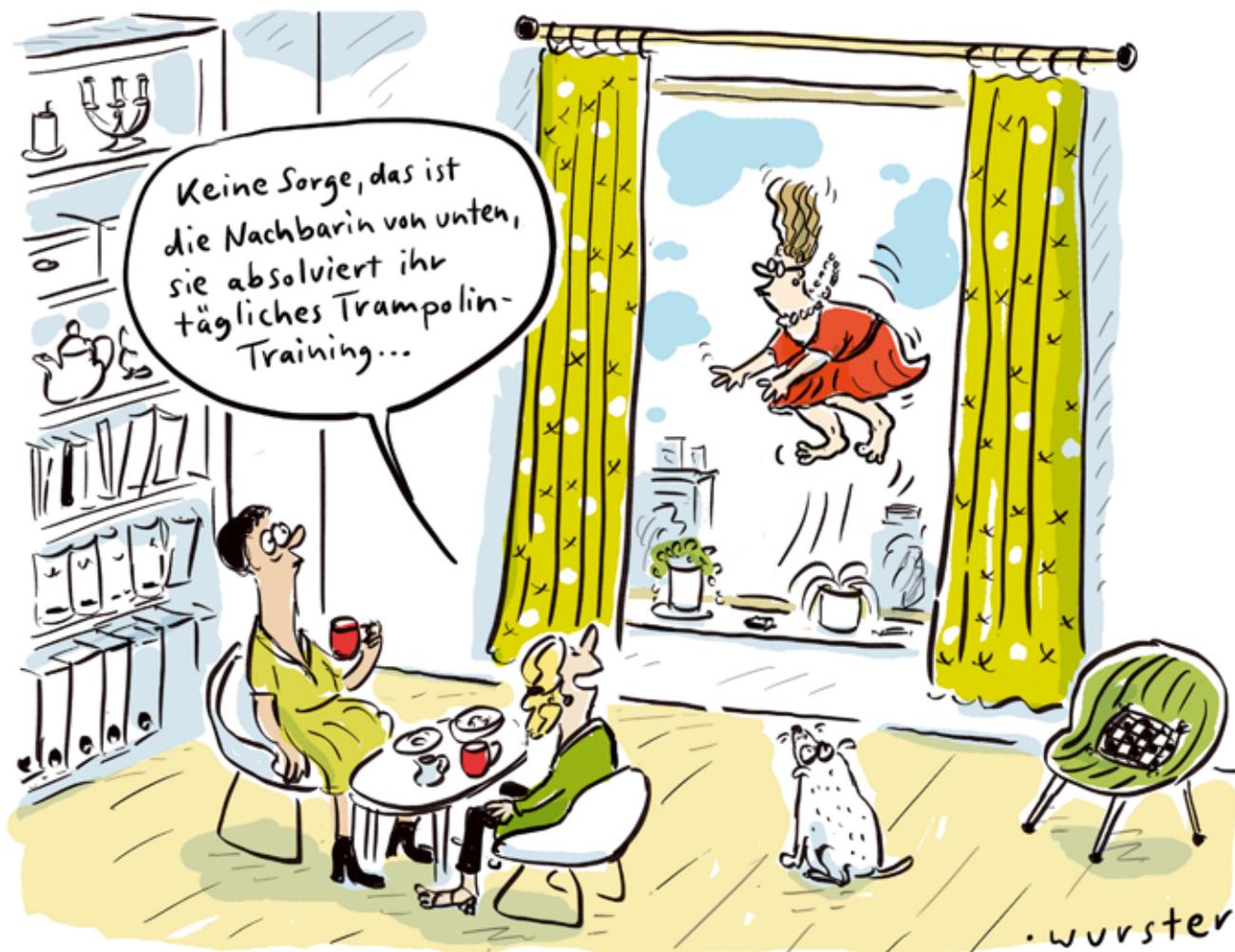
In ein paar Sekunden wird sich die Tür zur „Kita des Jahres“ öffnen. Doch zuvor fällt der Blick auf eine quadratische, ins Trottoir eingelassene Bronzetafel, auf der ein chinesischer Sinnspruch steht: „Angst klopfte an, Vertrauen öffnete. Keiner war draußen.“ Es ist, das wird sich in den kommenden Stunden zeigen, ein maßgeschneidertes Motto für die „Olgakrippe“. Denn die Einrichtung in Heilbronn (Baden-Württemberg) wurde auch deshalb ausgezeichnet, weil sie über 120 Kindern zutraut, Entscheidungen eigenverantwortlich zu treffen. Monika Karacic leitet die kommunale Einrichtung, die

bevorzugt Kinder von Berufstätigen, Alleinerziehenden und aus Familien mit dem sogenannten §8a-Schein (Kindeswohlgefährdung) aufnimmt. Die lebhafteste, fröhliche Frau kann sich derzeit kaum noch retten vor Anfragen. Auch von anderen Kitas, die wissen wollen, wie eine Einrichtung genau arbeitet, die das Bundesfamilienministerium und die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) zur „Kita des Jahres“ gewählt haben. Die Jury würdigte vor allem die „besondere Lern- und Veränderungsbereitschaft des Teams“ und „die außergewöhnlich große Beteiligung der Kinder“.

Im Kita-Alltag haben die Kinder ein Höchstmaß an Eigenverantwortung.

Tatsächlich, erläutert Karacic, dürften die Kinder jede Menge selbst entscheiden. Zweimal im Jahr bestimmen sie bei den „Kindertagen“ das Tagesprogramm und nehmen selbst die Telefonate entgegen. Sie dürften also „Chef sein“, wie die Kinder sagen. Auch im Alltag haben die Kinder ein Höchstmaß an Eigenverantwortung. „Dass hier hellblau gestrichen wurde, verdanken wir

WALKEN, DEHNEN, GLÜCKLICH SEIN



ANJA DILK
freie Journalistin

Sport und Bewegung sind für ältere Menschen enorm wichtig. Doch keine Altersgruppe ist so wenig mobil wie die über 65-Jährigen. Das lässt sich ändern.

Ohne Sport kann sich Dieter Krämer, 68, sein Leben gar nicht vorstellen. Als er jung war, spielte er Fußball. Im Studium kickte er in der Uni-Mannschaft, später, als Sportlehrer an der Gemeinschaftsschule am Lehmwohl in Itzehoe, traf er sich mit Kollegen auf dem Platz, nebenbei

ging er ins Fitnesscenter. Dann kam der Ruhestand und Krämer merkte: Der Aufbau der Muskeln funktioniert nicht mehr so recht, das Knie rebellierte. „Jetzt geht es um Gesunderhaltung.“ Stabil bleiben, Rücken stärken, Muskeln und Kondition bewahren. Zweimal die Woche schnappt sich Krämer nun seine Nordic-Walking-Stöcke und marschiert eine Stunde den kleinen Wanderweg am Stadtrand entlang. Zwei- bis dreimal geht er ins Fitnesscenter, nun hat er da gute soziale Kontakte. Am Wochenende geht es mit seiner Frau auf Wandertour, 15 bis 20 Kilometer streifen sie durch Felder, Wiesen, Wäldchen. Krämer: „Ich fühle mich gesünder, fitter, voller Energie – definitiv zufriedener im Leben.“



Wer Bewegung regelmäßig trainiert, bleibt länger locker mobil und kann Gesundheitsrisiken erheblich reduzieren.



ELLEN FREIBERGER,
ALTERNSFORSCHERIN

Sport und Bewegung geraten im Alter bei vielen Menschen zunehmend aus dem Blick. Nur etwa 10 Prozent der Menschen, die älter als 65 Jahre sind, machen Sport. Genaue Zahlen in Sachen Bewegung älterer Menschen gebe es nicht, sagt Ellen Freibeger, emeritierte Privatdozentin für die Biomedizin des Alterns an der Universität Erlangen-Nürnberg, aber eine eindeutige Beobachtung: „Fast nur jene, die vorher Sport gemacht haben, sind auch im Alter dabei. Die meisten anderen winken ab: Ist nichts mehr für mich.“ Schließlich will der Körper oft nicht recht, schon gar nicht schneller, höher, weiter – und das verbinden viele mit dem Begriff „Sport“, zu Unrecht. „Wenn wir die Älteren nicht verlieren wollen, sollten wir diese Konnotation unbedingt vermeiden – und etwa von Bewegung sprechen“, rät Freibeger. „Bewegen kann sich jeder und sei es im allerkleinsten Maß.“

Bewegung im Alter stark runterzufahren ist riskant, „den ICE ins Desaster“ nennt es Freibeger. Wer viel auf dem Sofa sitzt, verlernt die Bewegungsmuster, die nötig sind, um aufzustehen, loszulaufen, Treppen zu steigen oder zu hüpfen. Die Folge: Die intramuskuläre Koordination wird



ineffizienter. Gestresst spannt der Mensch automatisch viel zu viele Muskelgruppen an, damit die Bewegung trotzdem gelingt. „Ähnlich wie bei einem Anfänger beim Abfahrtski: Verkrampft spannt er die Beine an, statt die Bewegung mit lockeren Knien effizient zu steuern.“ Zudem verlieren Ältere zunehmend Balance und Kraft, das Gangbild verschlechtert sich, Stürze werden wahrscheinlicher. Im Alter nimmt auch die Fähigkeit ab, mehrere Dinge gleichzeitig zu tun – reden und gehen, über Wurzeln steigen und in die Landschaft schauen. Es braucht mehr kognitive Ressourcen, um diesen Verlust zu kompensieren. Man muss sich mehr konzentrieren, besser aufpassen, wo man hintritt. Freibeger: „Wer Bewegung regelmäßig trainiert, bleibt länger locker mobil und kann diese Risiken erheblich reduzieren.“

30 Minuten täglich

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt für Menschen ab 65 Jahren mindestens 30 Minuten Bewegung täglich – und zwar so, dass sie leicht schwitzen und der Atem schneller geht. Die europaweite SPRINTT-Studie, die von 2014 bis 2019 die Auswirkungen von Trainings auf die Bewegungsfähigkeit der Menschen über 70 Jahre untersucht hat, kommt zu dem Ergebnis: Zweimal die Woche 90 Minuten Training erhöhen die Mobilität langfristig signifikant. Ideal ist ein Mix aus Balance, Kraft und Walking. Schon Kleinigkeiten erzielen enorme Effekte. Die Australierin Lindy Clemson rät in ihrem Buch „Aktiv und sicher durchs Leben mit dem Life-Programm“ (Springer 2018), Alltagsaktivitäten als Trigger zu nutzen: Beim Zähneputzen auf einem Bein stehen (Gleichgewicht), beim Ausräumen der Spülmaschine nach jedem Teller eine Kniebeuge machen (Kraft), beim Treppensteigen zwei Stufen auf einmal nehmen (Gangbild). „Alle sollten

ihren eigenen Spaßtreiber finden“, so Freiberger. Egal ob Gartenarbeit oder Basteln in der Garage. „Und ruhig mal im Park querfeldein laufen statt auf geraden Wegen.“ Und was ist mit jenen, die sportlich aktiv bleiben wollen? Rat der Expertin: alternsgerechte Angebote suchen. Das heißt, entweder das Level runterschrauben oder sich nach Sportarten umschaun, die man noch lange machen kann. Wandern oder Pilates etwa. Freiberger: „Gut für die Auswahl ist ein Blick in die Sportgruppen: Sind noch 75-Jährige dabei? Wenn nicht, ist der Sport vermutlich nicht optimal für die späte Lebensphase.“ Sabine Großkopf, einst Lehrkraft für Deutsch als Fremdsprache an der Universität Hamburg, hat sich bereits umorientiert. Lange war sie Leistungssportlerin. Danach kamen intensive Zeiten in einem Hamburger Fitnessstudio. Aerobic, Nia-Dance. Schweren Herzens schwenkte Großkopf später auf gelenkschonendes Pilates und Wassergym-

nastik um. Irgendwann wurde sie im Fitnessstudio in die Programmplanung einbezogen, feilte mit an Angeboten für Menschen 50 plus. „Sie zogen nicht wirklich“, sagt Großkopf. Die Älteren fühlten sich nicht angesprochen. Nun gibt es Bewegungsangebote in Kleingruppen für „Best Ager“, Schwerpunkt Beweglichkeit und Kraft. „Gute Trainer, die die besonderen Bedürfnisse im Alter im Blick haben und trotzdem nicht groß darüber reden, sind wichtig“, sagt Großkopf. „Und Kurszeiten am Morgen, Ältere wollen keinen Stress durch übervolle Kurse.“ Riesig ist die Nachfrage trotzdem nicht. „Meist kommen nur die Fitteren, die mit Sport alt geworden sind.“ Wie lässt sich daran etwas ändern? Ole Stratmann von der GEW-Sportkommission: „Es ist sinnvoll, dass wir uns im Breitensport auch für Ältere einsetzen. Zum Beispiel dafür, dass Seniorensportgruppen einen Zugang zu Turnhallen bekommen.“ Das wäre doch ein schöner Anfang. ■



Foto: Kay Hirschelmann

FRAUKE GÜTZKOW

GEW-Vorstandsmitglied,
verantwortlich für Seniorinnen- und Seniorenpolitik

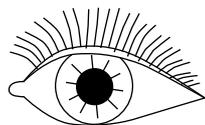
GEW-KOMMENTAR

SCHAUEN AUF DAS, WAS GEHT

*Lebenslanges Lernen ist eine originäre
Gewerkschaftsaufgabe – lebenslange
Bewegung auch.*

Zugegeben: Manchmal ist es mühsam, sich vom Sofa zu bewegen oder nach einer GEW-Sitzung noch eine Runde zu laufen. Es ist ja nicht nur Trägheit, es zwickt vielleicht mal wieder irgendwas im nicht mehr ganz so jungen Körper. Aber klar ist: Regelmäßige Bewegung gehört zu den wichtigsten Aufgaben im Alter, sonst verlernt unser Körper, sich zu bewegen, die Verletzungsgefahr steigt, Gesundheit und Wohlbefinden leiden. Und doch unterschätzen wir diese Erkenntnis der Wissenschaft gravierend. Warum eigentlich? Vielleicht liegt es am Defizitdenken, das wir mit dem Altern verbinden, ja oft längst verinnerlicht haben. Wir schauen auf alles, was nicht mehr geht, anstatt zu entdecken: Ach, das geht. Der Gehstock ist ein trauriges Signal von Gebrechlichkeit? Wieso sehen wir ihn nicht als freundliches Accessoire, das im Alltag beweglicher macht? Wenn wir uns so viel wie möglich bewegen, geht es uns besser. Wir halten Muskeln, Bewegungsapparat und Gleichgewichtskoordination fit. Wir werden zufriedener, ausgeglichener, haben mehr soziale Kontakte, mehr Freude am Leben. Auch das zeigen Studien. Lebenslanges Lernen ist originäre Gewerkschaftsaufgabe. Es wird Zeit, dass wir darunter mehr verstehen als Lesen und Kultur. Es heißt genauso darüber nachzudenken, wie wir konstruktiv mit körperlichen Veränderungen umgehen können. Das kann Teil der Gewerkschaftsarbeit sein: mehr Lebensfreude durch Bewegung im Alltag und damit auch mehr Energie, um sich politisch einzubringen.

LUST AUF ZUKUNFT – WAS ICH NEU ENTDECKT HABE



Barbara Helling, 71, Rheinland-Pfalz, war zuständig für das Qualitätsmanagement an der Hochschule Trier. Seit sechs Jahren ist sie in Rente.

Zurzeit bin ich in Griechenland, Peloponnes, mit dem Rucksack. Ich war mein Leben lang als Backpackerin unterwegs. Australien, Indonesien, Bergwandern. Nun tun mir die Knie weh, aber auf Tour bin ich trotzdem noch. Und habe gemerkt: Auch wenn ich nicht mehr so weit reise, macht mir das Freude.

Ich bin drei Monate früher als gesetzlich vorgesehen in Rente gegangen und habe dafür 80 Euro weniger für den Rest meines Lebens in Kauf genommen. Denn ich hatte ein großartiges Angebot – drei Monate lang Mönche in der Mongolei beim Aufbau einer Berufsschule zu unterstützen. Mit einem katholischen Bischof aus Korea und einer Handvoll Nonnen ging es im Jeep durch den Schnee zum Kloster. Es war die Erfahrung meines Lebens und der perfekte Übergang in den Ruhestand.

Neu entdeckt habe ich noch etwas ganz Einfaches: Wie schön es ist, Zeit zu genießen – ohne Druck von Arbeit und Aufgaben. Einfach so. Druck habe ich mir mein Leben lang selbst gemacht, erst an der Uni, dann in der GEW. Irgendwann habe ich gemerkt: Hey, es geht ja auch ohne mich. Welch Befreiung. Loslassen ist etwas Tolles, auch bei materiellen Dingen. Ich übe gerade, mit weniger Geld auszukommen, das tut mir gut.

Lust auf Zukunft macht mir gerade auch das Digitale. Ist es nicht unglaublich, dass gerade wir älteren Menschen so viel in der Welt mitmischen können? Früher saßen die Alten auf einer Bank vor ihren Häusern und schauten, ob jemand vorbeikommt. Heute kann ich jederzeit mit Familie und Freunden plaudern oder per WhatsApp und Mail die Landesseniorenarbeit organisieren.“

Bring dich in Form

Worauf kommt es an bei der Bewegung im Alter? Inwiefern spielt dabei auch die Ernährung eine Rolle? Antworten auf diese Fragen gibt die Seite in-form.de der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen und der bundesweiten Initiative „In Form“ für gesunde Ernährung und mehr Bewegung. Detailliert wird erläutert, welche Rolle einzelne Bewegungsfähigkeiten wie Muskelkraft, Standsicherheit oder Gehfähigkeit für Alltagsbewältigung und Sturzprävention spielen. Dazu gibt es einen Überblick über Weiterbildungen und Online-Workshops für Mitarbeitende der Seniorinnen- und Seniorenarbeit, die Älteren Bewegungsangebote machen möchten, sowie Links zu Fachtagungen, Beratungen und Informationsmaterialien zum Download.

50 x fit

Im Alter schwindet die Muskelmasse, Beweglichkeit und Koordination nehmen ab. Was sich dagegen tun lässt, verrät die Fitnesstrainerin Gabi Fastner in einem



Büchlein. 50 Übungsreihen hat sie zusammengestellt, mit denen Ältere Gleichgewicht üben, Ausdauer trainieren und Kraft aufbauen können. Von „Fit und beweglich mit Stuhl“ über Mobilisierungsübungen, Haltungstraining bis zur Rückenstärkung für zwischendurch. Hilfreich ist die Kombination von Trainingsplänen mit genauen Minutenangaben und anschaulichen Workout-Skizzen.

Gabi Fastner: 50 Workouts für Späteinsteiger. Fit, gesund und beweglich bis ins hohe Alter. mvg 2022

Mehr Infos unter: gew.de/ew-7-8-22

Impressum Dialog

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main, Tel. 069 78973-0
Vorsitzende: Maike Finnern
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Geschäftsführende Redakteurin: Anja Dilk
Redakteurin/Redakteur: Frauke Gützkow,
Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel



Foto: Anne Ackermann

„OBST UND GEMÜSE SIND BEI DEN KINDERN BELIEBT“, ERZÄHLT HAUSWIRTSCHAFTSLEITERIN HANNAH WEISSHARDT (RE.). HEUTE GIBT ES FRISCHES APFELMUS.

>>> Fortsetzung von Seite 22

den Kindern“, sagt Karacic und deutet auf eine Wand in einem der oberen Gruppenräume. „Die fanden weiß langweilig. Und da haben Sie ja eigentlich auch recht.“ Zudem gibt es einen „Kinderbeirat“, der jede Woche tagt und in geheimer Abstimmung gewählt wird. „Der entscheidet ganz schön viel“, berichtet Karacic. „Wie wir Feste feiern, was an Spielsachen angeschafft werden muss.“ Auch die Auswahl der Speisen werde von den Kindern mitbestimmt.

Hauswirtschaftsleiterin Hannah Weißhardt schaltet sich ein, sie hat geahnt, welche Frage kommen wird. „Viele glauben, dass die Kinder nur Eis und Pommes wollen“, sagt sie und zeigt auf den mit Fotos versehenen Speiseplan. „Aber heute haben sie sich zum Beispiel Tomatensuppe mit Croûtons gewünscht.“ Überhaupt sei sie „immer wieder erstaunt, wie beliebt auch Obst und Gemüse sind.“ Für sie ein Beweis von vielen, dass sie richtig liegen mit ihrer Bereitschaft, den Kindern etwas zuzutrauen. So sieht es auch Ola Bieleza vom Expertenteam der Internationalen Akademie Berlin, die als Fachpartnerin der DKJS für die Kategorie „Kita des Jahres“ verantwortlich ist. Sie hat die „Olgakrippe“ auf Herz und Nieren überprüft und dabei verstärkt auf die Interaktionen zwischen den Fachkräften und den Kindern geachtet. „Wir haben sofort gemerkt, das ist ein hochmotiviertes Team, ständig im Prozess der Weiterentwicklung. Das ist

moderne, gute Pädagogik. Kinder haben von selbst den Drang, Verantwortung zu übernehmen. Es wäre fahrlässig, das nicht zu nutzen“, sagt Bieleza, der auch der Ansatz gefällt, das Kita-Umfeld mitzunehmen.

Anlaufstelle für die Menschen im Stadtviertel

Tatsächlich versteht sich das „Familienzentrum Olgakrippe“ auch als Anlaufstelle für die Menschen im Stadtviertel. Angeboten werden – meist in einem separaten, durch den großen Spielplatz abgetrennten Gebäudestrakt – eine Nähwerkstatt, Yogakurse oder Seminare zu Erziehungsthemen. Am „Kulturzaun“, der die Einrichtung zur Straße abgrenzt, hängen in orangenen Umschlägen Kochrezepte, die die Passanten mitnehmen können. Es mag die Kombination aus all diesen Aktivitäten sein, die eine „Kita des Jahres“ ausmacht. Oder es ist der Geist, der in der Einrichtung herrscht und der mit dem angstfreien Grundvertrauen zu tun hat, das im chinesischen Sinnspruch erwähnt wird. Vielleicht ist aber auch ein Satz aussagekräftiger, den Karacic nebenher beim Gang über den Flur sagt. In Berlin, bei der Preisverleihung, seien sie oft für ihre „vielen Projekte“ gelobt worden. Das Team aus Heilbronn habe bis dato gar nicht gemerkt, dass sie „Projekte“ durchführen. „Eigentlich machen wir nur unsere Arbeit.“ ■

■ **Beamtdarlehen 10.000 € - 120.000 €**
 ■ Vorteilszins für den öffent. Dienst
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.



NEUER exklusiver Beamtenkredit
2,50% echter Vorteilszins

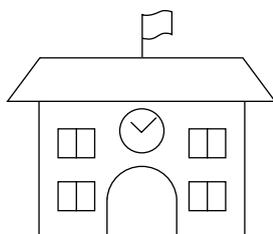
 effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtdarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite
sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen!
 Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

- Unser bester Zins aller Zeiten -
 Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- €
 Vorteil: Kleinzins, kleine Rate, Annahme: gute Bonität.

- Sensationell günstig -
AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel: (0621) 178180-0
 info@ak-finanz.de
 www.AK-Finanz.de
 Exklusivzins
 sehr gut

„BEZIEHUNG IST ALLES“



JEANNETTE GODDAR
freie Journalistin

Brennpunktschule? Wer eine Schule besucht, die so genannt wird, findet oft schon den Begriff schlimm. Eine Initiative in Berlin wechselt die Perspektive. Und lässt Schülerinnen und Schüler selbst zu Wort kommen.

Narges Tawakkoli war 14 Jahre alt, als sie aus Afghanistan kam, 20, als ihre Familie aus der Flüchtlingsunterkunft aus- und in eine Wohnung einziehen konnte. Das war erst in diesem Jahr. Trotzdem ist sie gut in der Schule angekommen und steht, als sie sich mit der E&W trifft, kurz vor ihrer letzten Abprüfung. Eine Riesenleistung, so schnell so gut Deutsch zu lernen, denkt man, wenn man ihr gegenüber sitzt – wie überhaupt der Respekt vor dem, was sie erreicht hat, riesig ist. Schließlich musste die 20-Jährige in der Corona-Pandemie mit ihren drei Geschwistern in einem winzigen Raum lernen, aus dem eine Verbindung zur Außenwelt nur unregelmäßig herzustellen war. „Dauernd brach im Heim das Internet

zusammen“, erzählt sie, „im Lockdown wurde mir so richtig klar, was für ein großes Thema Bildungsgerechtigkeit ist.“

Die Berliner Schülerin sagt das so professionell, weil Chancengleichheit für sie sozusagen professionelles Thema ist. Zusammen mit Mona Hamed, die neben ihr sitzt, macht Narges mit in einer Gruppe, die den Namen Related Crew trägt. Deren Ziel: zum Thema Schule in benachteiligten Vierteln einmal die zu Wort kommen zu lassen, für die diese am wichtigsten ist. „Und das sind wir, die dort auf das Leben vorbereitet werden“, findet Mona, die schon zu dem oft verwandten Titel „Brennpunktschule“ eine klare Haltung hat: „Ein dummer Name“, erklärt sie, „wir sind keine Brennpunktschülerinnen. Sondern Kinder und Jugendliche, die in der Schule ihr zweites Zuhause haben.“

Auf ihre eigene Schule wollen die beiden nichts kommen lassen. Narges und Mona besuchen die Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli, der dank massiven Engagements vieler Beteiligter und beachtlicher Investitionen ein beispielloser Wandel gelang: Ihre Vorgängerin war vor rund 15 Jahren bundesweites Symbol für das Scheitern von Schule in sozial schwierigen Lagen. Heute gibt es mehr Anmeldungen als Plätze. Und manchmal heißt es, in Zeiten der Gentrifizierung besuchten vor allem Mittelschichtskinder den Campus; das ist allerdings eine These, die sich beim jüngsten Besuch der E&W



Man kann Schülerinnen und Schüler nicht auf das Leben vorbereiten, wenn man nichts über sie weiß.



MONA HAMED,
ABITURIENTIN UND AKTIVISTIN FÜR CHANCEN-
GLEICHHEIT BEI RELATED CREW (LINKS)

anlässlich des Tags der Pressefreiheit 2019 nicht halten ließ. Was also macht für die beiden Schülerinnen den Unterschied? „Bei uns ist den meisten Lehrern klar, dass man Schülerinnen und Schüler nicht auf das Leben vorbereiten kann, wenn man nichts über sie weiß“, erklärt Mona. „Wie wohnen wir? Was denken wir? Wo erleben wir Diskriminierung? Unsere Schule ist auch ein Ort für solche Fragen.“

Diese Themen stehen auch im Zentrum, wenn die Related Crew angehende Lehrkräfte besucht. Sie ist auf dem Lehramtsfestival der studentischen Initiative Kreidestaub aufgetreten und hat an der Humboldt-Universität zu Berlin ein dreiteiliges Seminar gegeben. Als nächstes



Warum holt man uns nicht mit ins Boot?



NARGES TAWAKKOLI,
ABITURIENTIN,
AKTIVISTIN BEI RELATED CREW (RECHTS)

steht ein Termin an der Bremer Universität an. Außerdem gibt es einen Instagram-Account. Wenn nach dem Abitur etwas mehr Zeit ist, soll endlich eine Reihe bereits aufgezeichneter Podcasts produziert werden. Auch hier immer Thema: persönliche Geschichten der Schülerinnen und Schüler.

„Studierende lernen inzwischen vielleicht etwas über strukturellen Rassismus“, erklärt Nils Katz, „doch das heißt ja nicht, dass sie Lebensrealitäten kennen.“ Katz, inzwischen an der Uni Bremen tätig, war Lehrer auf dem Campus Rütli, als ihm mit einigen Kollegen die Idee zu der Related Crew kam: „Wir wurden immer wieder eingeladen“, erinnert er sich, „eines Tages





>>> dachten wir: Drei weiße Lehrer, keiner in Neukölln aufgewachsen, sollen über unsere Schule sprechen?“ Sie sprachen Schülerinnen und Schüler an. Mit denen, die Lust hatten, zogen sie sich erst einmal in ein Seminarzentrum zurück und fragten, worüber sie denn sprechen wollten.

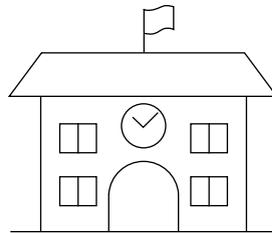
Blickt Katz zurück auf das Wochenendseminar, das kurz vor der Pandemie stattfand, berichtet er von regelrechten „Aha-Momenten“. Warum? „Mir wurde bewusst, was es für Schülerinnen und Schüler heißt, sich mit sozialer Benachteiligung durchs Leben zu schlagen: Geldsorgen, keine soziale Absicherung, Sorgen wegen kranker Familienmitglieder.“ Geflüchtete Schülerinnen und Schüler hätten zudem zusätzlich Ängste, etwa wegen des befristeten Aufenthaltsrechts. „Oft kommt so vieles zusammen. Und auf einmal dachte ich: Wie naiv wir sind, zu denken, wir machen einfach unseren Unterricht und alle freuen sich darauf!“ Die oberste Lehre, die er mitnahm: „Beziehung ist alles. Zu denken, wir wissen schon alles – immer ein Fehler.“

Das gilt in den Augen von Narges und Mona auch für die Bildungspolitik. Spricht man sie auf das Berliner Bonusprogramm an, das Schulen in schwierigen Lagen mit mehr Ressourcen ausstattet, fragt Narges: „Warum holt

man uns nicht mit ins Boot? Ich kenne das Programm zum Beispiel gar nicht.“ Fragt man die beiden Schülerinnen, was sie sich für ihre Schule vor allem wünschen, entsteht eine lange Liste, für deren Erfüllung es mit mehr Geld allein nicht getan ist: „Mehr Zeit“, „mehr Zuhören“ stehen darauf ganz oben – und zwar auch, wenn es um Dinge geht, die mit dem Curriculum gar nichts zu tun haben. „Wir würden gern mehr über Themen sprechen, die uns beschäftigen“, sagt Narges, „was zum Beispiel in Afghanistan oder jetzt in der Ukraine passiert.“ An der Rütli-Schule, erzählen die beiden, sei ein erster wichtiger Schritt gemacht: Dort gibt es ein Fach namens „Glauben & Zweifel“, das immerhin ein Fenster öffnet für vieles, für das sonst kein Platz ist. „Doch auch der Klassenrat müsste gestärkt werden“, sagt Mona, „so dass wir mehr mitentscheiden können.“ Was sie außerdem nicht gut findet: „Warum müssen wir alle das Gleiche lernen? Schülerinnen und Schüler sind Individuen. Jede und jeder von uns kann etwas anderes gut.“ Ihr Wunsch: Eine Schule mit mehr Wahlfreiheit – in der niemand mehr durchfallen kann, wegen einer 5 in einem Fach, das ihn oder sie gar nicht interessiert. ■

Instagram: related_crew

DER ANTI- MATTHÄUS-EFFEKT



KATJA IRLE
freie Journalistin

Über Sozialindizes können Länder und Kommunen steuern, dass benachteiligte Schulen mehr Ressourcen bekommen. Langfristig soll das für mehr Chancengleichheit sorgen. Die Umsetzung ist aber gar nicht so einfach.

Der Begriff „Matthäus-Effekt“ stammt aus der Soziologie, ist aber auch in der Bildungspolitik bestens bekannt: Wer schon hat, dem wird noch mehr gegeben. Wer wenig hat, geht häufig leer aus. Das Prinzip lässt sich ebenso auf Schulstandorte anwenden: Einrichtungen in guten Lagen profitieren von ihrem Umfeld, von Kindern aus einkommensstarken Familien und umtriebigen Eltern. Sogenannte Brennpunktschulen unterrichten dagegen viele Kinder aus ärmeren Haushalten, es fehlt an außerschulischer Unterstützung, die Ausstattung ist oft schlechter. Und so zeigt sich exemplarisch, wie sich soziale Benachteiligung auch bildungspolitisch auswirkt.

Gegensteuern lässt sich mit Sozialindizes; über eine gezielte Ressourcenverteilung soll eine Art Anti-Matthäus-Effekt geschaffen und Ungleiches auch ungleich behandelt werden. Vereinfacht gesagt: Schulen in schwierigen Lagen bekommen mehr Personal, Geld oder andere Unterstützung als Schulen im Speckgürtel.



Nur weil es einen Index gibt, ändert sich noch lange keine Planung, keine Mittelverteilung, keine politische Debatte zur Ungleichheit im Bildungssystem.



KATHARINA KNÜTTEL, THOMAS GROOS

Sozialindizes auf Landesebene können helfen, die Zuweisung von Lehrerinnen und Lehrern zu steuern. Das wird zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bremen, Hamburg und Berlin gemacht. Aber auch die Kommunen können als Schulträger Ressourcen anders steuern – etwa über die Schulsozialarbeit. Die Sozialwissenschaft-





UNGLEICHES UNGLEICH ZU BEHANDELN HEISST: SCHULEN, DIE IN SCHWIERIGEN LAGEN ARBEITEN, MÜSSEN BESSER FINANZIERT WERDEN ALS SCHULEN IN WOHLHABENDEN VIERTELN.

Foto: IMAGO/photothek

>>> Ilerin Katharina Knüttel und der Statistik-Experte Thomas Groos haben sich im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung genauer angeschaut, wie Sozialindizes auf kommunaler Ebene angewendet werden können. Ihre Analyse zeigt, dass es sinnvoll sein kann, Sozialindizes auf Landes- und kommunaler Ebene zu verbinden. Denn die Kommunen, sagt Knüttel, seien näher dran an den Problemen. Die Studie zeigt aber auch, dass es gar nicht einfach ist, die richtigen Parameter für einen Index zu finden. „Die Kommunen wissen zwar, wo es brennt. Trotzdem gibt es viele Fallstricke“, weiß Knüttel: Welche Daten sind verfügbar? Was sagt der Datenschutz? Welches konkrete Ziel hat der Index, und gibt es einen politischen Konsens für die Umsetzung? Ein Schulsozialindex sei kein

Selbstzweck, so die Analyse von Knüttel und Groos. „Nur weil es einen Index gibt, ändert sich noch lange keine Planung, keine Mittelverteilung, keine politische Debatte zur Ungleichheit im Bildungssystem.“

Bisher hängt die Ressourcenausstattung im deutschen Bildungssystem nach Einschätzung vieler Expertinnen und Experten meist an wenigen Einflussgrößen: der Zahl der Schülerinnen und Schüler, dem Verhältnis Lehrkraft/Schülerzahl und einem Grundbedarf jeder Schule. Noch gröber wird das Raster, wenn der Bund Mittel an die Länder verteilt – wie etwa jüngst beim milliardenschweren Corona-Aufholpaket der Bundesregierung. Die GEW fordert deshalb schon lange eine Vergabe nach der sozioökonomischen Lage der

Länder und kritisiert die übliche Verteilung, die sich am Umsatzsteueraufkommen orientiert (s. E&W 9/2021). Nach Ansicht des Bildungsforschers Detlef Fickermann wäre es viel sinnvoller, auch hier einen Sozialindex zugrunde zu legen (s. Seite 9). So könnten „Schulen in pädagogisch herausfordernder Lage besonders gefördert“ werden – und damit benachteiligte Schülerinnen und Schüler besser profitieren, betont Fickermann (s. E&W 2/2022).

Migration und schlechte soziale Lage stimmen nicht zwangsläufig überein.

Aber auch bei der Ressourcenverteilung innerhalb der Länder ist eine Index-Steuerung nicht selbstverständlich. „Flächenstaaten tun sich schwerer damit als Stadtstaaten“, sagt Knüttel. Grund sind häufig statistische Probleme. So wird in den amtlichen Schulstatistiken in der Regel zwar der Migrationshintergrund erfasst, aber nicht der soziale Hintergrund. Deshalb behelfen sich Kommunen damit, Migration als Parameter für

die soziale Lage zu nehmen. Beide Parameter stimmen nach Überzeugung von Knüttel und Groos aber nicht zwangsläufig überein. Sie halten sie sogar für diskriminierend und empfehlen stattdessen, Indikatoren wie Bildung und Einkommen der Eltern heranzuziehen und/oder den Bezug staatlicher Leistungen. Hilfreich könnten auch Individualdaten von Kindern sein – etwa Daten von Schuleingangsuntersuchungen.

Ein Index allein, so das Fazit von Knüttel und Groos, schaffe aber Benachteiligung nicht ab. Erst wenn er fester Bestandteil einer kommunalen Bildungsstrategie werde, könne er helfen, soziale Ungleichheiten zu kompensieren. Und noch etwas geben Knüttel und Groos den politischen Akteurinnen und Akteuren mit auf den Weg: „Bislang wird in der Regel der bestehende Kuchen etwas anders verteilt – und nur selten diskutiert, ob der Kuchen nicht insgesamt zu klein ist.“ ■

Thomas Groos, Katharina Knüttel: Sozialindizes für Schulen – Kommunale Perspektiven.

Detlef Fickermann, Ilka Hoffmann: Ungleiches ungleich behandeln.

Download beider Publikationen unter: gew.de/ew-7-8-22

ANZEIGE



Burn Out Chronische Schmerzen Krank nach Covid

Neues therapeutisches Konzept bei Erschöpfungs-Syndrom in der Klinik am Steigerwald

Die Klinik am Steigerwald verfügt über 26 Jahre Erfahrung in der Behandlung des chronischen Müdigkeitssyndroms (CFS/ME) mit Hilfe der Traditionellen Chinesischen Medizin (TCM).

Manchmal steht ein über Jahre sich entwickelnder Burn-out hinter der Erschöpfung, manchmal chronische Entzündungen oder andere immunologische Dauerthemen. Häufig entwickeln sich mit der Zeit auch chronische Schmerzen an Rücken, Gelenken oder am Kopf. Zur Zeit melden sich vermehrt Patienten mit einer Post-Covid Erkrankung in der Klinik.

Patienten ernst nehmen

Eine Besonderheit der Chinesischen Medizin ist, dass sie die Symptomsprache des Menschen ernst nimmt und auf besondere Weise interpretiert. Die wichtigste Säule ist dabei die chinesische Arzneitherapie. Individuell zusammengestellte Arzneirezepturen bilden die Grundlage, unterstützt von Gesprächen, Akupunktur, Diätetik, QiGong und intensiver Körpertherapie in Einzelsitzungen und Kleingruppen. Wichtig: Die Schulmedizin ist in jeder Phase der Behandlung mit an Bord.

Dem Klinikaufenthalt schließt sich in der Regel eine ambulante Behandlungsphase an, um die therapeutischen Erfolge zu stabilisieren und auszubauen.

26
JAHRE
KLINIK
AM STEIGERWALD
Gesundheit mit Weitblick

Wollen Sie Ihre Behandlungs-Chancen klären:

- Bestellen Sie telefonisch oder online Unterlagen der Klinik.
- Füllen Sie den Anfragebogen zu Krankheitsbild und Beschwerden aus und senden diesen an uns zurück.
- Innerhalb von zwei Wochen wird Sie ein Arzt der Klinik anrufen, um Möglichkeiten der Therapie mit Chinesischer Medizin ausführlich mit Ihnen zu besprechen.

Das Arztgespräch dient Ihrer Information und ist unverbindlich.

Tel. 0 93 82 / 949 - 0

www.tcmklinik.de



Klinik am Steigerwald
Waldesruh
97447 Gerolzhofen
Tel: 0 93 82 / 949 - 0

UNTERNEHMEN IN DIE PFLICHT NEHMEN



Foto: Nadine Emmerich



*In den USA ist es die Wirtschaft nicht gewohnt,
in Bildung zu investieren.*



JAN HOCHADEL,
VIZEPRÄSIDENTIN DER AMERICAN FEDERATION OF TEACHERS (AFT)

NADINE EMMERICH
freie Journalistin

Eine Delegation der American Federation of Teachers (AFT) hat sich bei einer Studienreise über die berufliche Bildung in Deutschland informiert. E&W traf die Vizepräsidentin der US-Gewerkschaft, Jan Hochadel, zugleich Präsidentin der AFT in Connecticut, in Berlin.

E&W: Mit welchen Erwartungen sind Sie nach Deutschland gekommen?

Jan Hochadel: Ich spreche vor allem für Connecticut, das System der beruflichen Bildung ist in den USA von Bundesstaat zu Bundesstaat unterschiedlich. Ich bin hier, um unser System mit dem deutschen zu vergleichen. Bei uns gibt es eine akademische und eine berufsbildende

Schiene. Was fehlt, ist ein Weg in der Mitte, wie das duale System in Deutschland.

E&W: Sie haben in Berlin unter anderem ein Oberstufenzentrum Kraftfahrzeugtechnik und ein Ausbildungszentrum von Siemens Energy besucht – welche Eindrücke nehmen Sie mit in die USA?

Hochadel: Die Zentren, die ich gesehen habe, ähneln den Technical High Schools, an denen ich selbst in Connecticut unterrichtet habe. Es ist die Struktur der Zusammenarbeit mit Partnern aus der Industrie, die wir so nicht kennen – und die mich beeindruckt hat.

E&W: Würden Sie dieses System auf die USA übertragen wollen?

Hochadel: Wir überlegen, wie wir ein duales System auf Ebene der einzelnen Bundesstaaten einführen könnten, aber auch, wie ein Bundesgesetz Unternehmen in die Pflicht nehmen kann, ihren Teil zur Ausbildung junger Menschen beizutragen. Das wird jedoch schwierig: In



DAS SCHULSYSTEM IN DEN USA IST SEIT JAHRZEHNEN UNTERFINANZIERT. DAS FÜHRT ZU GROSSEN SOZIALEN SCHIEFLAGEN.

Foto: IMAGO/Manfred Segerer

den USA ist es die Wirtschaft nicht gewohnt, in Bildung zu investieren.

E&W: Warum steht die berufliche Bildung in den USA hinten an?

Hochadel: Bei uns sind alle extrem auf die Hochschulbildung fokussiert, alle jungen Menschen sollen aufs College gehen. Es gibt kein Bewusstsein dafür, dass man nicht für jeden Beruf zwingend studieren muss. Das war schon immer so, aber das Problem ist größer geworden, weil so viele Absolventinnen und Absolventen nach dem College keinen gut bezahlten Job bekommen, aber ihre Studienkredite zurückzahlen müssen.

E&W: Ein duales Berufsbildungssystem zu etablieren, wäre eine gewaltige Aufgabe.

Hochadel. Ja, aber wir haben überall Fachkräftemangel. Sie finden keinen Klempner, weil es ihn schlicht nicht gibt. Die Politik weiß um dieses Problem und wird daher hoffentlich offen für Lösungen sein.

E&W: Gibt es entsprechende Pläne der Biden-Regierung?

Hochadel: Ich glaube, diese prüft gerade, welche Möglichkeiten es geben könnte. Wenn es gemacht wird, dann unter Präsident Joe Biden. Er steht auf der Seite der Gewerkschaften und Lehrkräfte.

E&W: Was sind weitere Herausforderungen für das US-Bildungssystem?

Hochadel: Es geht immer um die Finanzierung. Unsere Schulsysteme werden von den Städten und Gemeinden

finanziert, die dafür auf Steuereinnahmen angewiesen sind. Damit verbunden gibt es eine große Ungleichheit: In New York City etwa leben viele Menschen, die viel Geld verdienen und viele Steuern zahlen. Dort sind die Schulen am besten und auf dem neuesten Stand der Technik. Fahren Sie nur 20 Meilen weiter nach Bridgeport in Connecticut, finden Sie schlechte Schulen vor: Dort gibt es keine Computer, kein WiFi, nichts.

E&W: Was fordert die AFT?

Hochadel: Wir müssen das Steuersystem ändern. Die Industrie muss endlich anfangen, mehr für Bildung zu zahlen, statt nur mehr Profit zu machen.

E&W: Um ihre Ziele durchzusetzen, brauchen Sie eine starke Gewerkschaft. Wie sieht es in den USA mit den Mitgliederzahlen aus?

Hochadel: Im Nordosten sind die Gewerkschaften stark. Aber es gibt Staaten wie Texas, in denen Tarifverhandlungen verboten sind. In Florida wird versucht, Gewerkschaften zu zerschlagen. Beides sind republikanische Staaten. Die Republikaner würden die öffentliche Bildung gern abschaffen und das Bildungssystem privatisieren.

E&W: Was haben die großen Lehrkräftestreiks der vergangenen Jahre gebracht?

Hochadel: Die Arbeitsbedingungen haben sich verbessert. Wir haben jetzt in jeder Schule Psychologinnen und Psychologen und mehr pädagogisches Personal zur Unterstützung der Lehrkräfte. In einigen Städten verdienen Lehrkräfte nicht genug, um sich eine Wohnung leisten zu können, dort wurden Gebäude mit günstigeren Mieten gebaut. Aber wir haben noch viel zu tun, was Inklusion und Chancengleichheit angeht. ■

Infos zu Jan Hochadel und American Federation of Teachers (AFT): gew.de/ew-7-8-22

Die AFT ...

... wurde 1916 gegründet und vertritt 1,7 Millionen Mitglieder in rund 3.000 lokalen Mitgliedsorganisationen – Lehrkräfte, Hochschulbeschäftigte, Erzieherinnen und Erzieher, aber auch Verwaltungsangestellte und Fachkräfte im Gesundheitswesen.

SCHULEN ALS KATALYSATOREN DER VERSÖHNUNG

SANDRA BENDEK (LINKS) UND IHRE KOLLEGIN JOHANA REALES
(2. V. LI.) MIT ZWEI ANGEHENDEN LEHRERINNEN



KNUT HENKEL
freier Journalist

„Schulen des Wortes“ heißt das Projekt, hinter dem die kolumbianische Wahrheitskommission als Schirmherrin steht. Es versucht, eine Friedenskultur an den Schulen einzuführen und den Kreislauf von Korruption und Gewalt zu durchbrechen. Mit Erfolg – wie ein Schulbesuch in Santa Marta zeigt.

Im Zentrum von Santa Marta, gleich hinter den wuseligen Markthallen der kolumbianischen Karibikstadt, liegt die Schule, an der der pädagogische Nachwuchs der Region ausgebildet wird. „Escuela Normal Superior María Auxiliadora“ heißt die von Nonnen geleitete Einrichtung mit vollem Namen. Jeden Morgen um 7 Uhr finden sich rund 1.700 Schülerinnen auf den Höfen der weitläufigen Schule ein und werden von den Lehrkräften auf den Tag eingestimmt.

„Das Miteinander wird bei uns gefördert und gefordert“, erklärt Johana Reales. Die quirlige Afrokolumbianerin ist eine der Triebfedern hinter „Escuelas de Palabra“. „Schulen des Wortes“ heißt das Bildungsprogramm übersetzt, das zum Ziel hat, die jüngere Geschichte mit all ihren Facetten in den Unterricht einfließen zu lassen. Das ist alles andere als einfach, denn in etlichen Regionen des Landes schwelt der Konflikt auf kleiner Flamme weiter, in anderen haben die jahrelangen Kämpfe die gesamte Region geprägt und Umgangs- und Verhaltensweisen massiv verändert. So standen die Region um Santa Marta und große Teile der kolumbianischen Karibikküste jahrelang unter paramilitärischer Kontrolle. „Hier in der Stadt mussten alle Händler auf dem Markt, der gleich vor unserer Schule liegt, die Vacuna, die Steuer der Paramilitärs, zahlen. Viel schlimmer ist jedoch, dass Mädchen und junge Frauen vor den schwerbewaffneten Freischärlern nicht sicher waren“, erklärt die Direktorin, Hermana Mónica Tausa Ramírez, mit leiser Stimme. Mädchen, „Niñas“, wurden entführt und vergewaltigt. „Die paramilitärischen Comandantes nutzten ihre Macht skrupellos aus – unter anderem auch, um den politischen Gegner zu demütigen“, ergänzt Reales. >>>



STIEFEL



DANKE

für die Unterstützung unserer
unicef 
„Ukraine-Hilfe-Aktion“
während der
didacta Lehrmittelmesse in Köln.
LERNEN MIT ERFOLG

- Lern- und Hüpfmatten
- Morgenkreise
- Bee-Bot-Matten
- Wandkarten und Lehrtafeln
- magnetische Lehrmittel
- magn. Lineatur-Tafelfolien
- magn. Whiteboard-Lineaturtafeln
- Schüler-Lernhilfen

www.stiefel-verlag.de



Jetzt spenden!

Es herrscht Krieg mitten in Europa. Millionen Kinder, Frauen und Männer bangen um ihr Leben und ihre Zukunft. Aktion Deutschland Hilft leistet den Menschen Nothilfe. Gemeinsam, schnell und koordiniert. **Helfen Sie jetzt – mit Ihrer Spende.**



Spendenkonto: DE62 3702 0500 0000 1020 30



Spenden unter: www.Aktion-Deutschland-Hilft.de



**Aktion
Deutschland Hilft**
Bündnis deutscher Hilfsorganisationen



DAS CURRICULUM DER ESCUELA NORMAL SUPERIOR MARÍA AUXILIADORA HAT UNTER ANDEREM ZUM ZIEL, DIE RECHTE DER FRAUEN ZU STÄRKEN.

Fotos: Knut Henkel

>>> Das soll nie wieder passieren. Dafür engagiert sich die Frau in der strengen Ordenstracht, die die renommierte Schule leitet. Diese nimmt gleich an mehreren Bildungsinitiativen teil. Davon zeugt das Schild am Eingang: Redpapaz, übersetzt Netzwerk für den Frieden, steht darauf. Die Organisation, die Eltern gegründet haben, engagiert sich seit 2003 für den Frieden an den Schulen und Bildungseinrichtungen des Landes.

Neuausrichtung der Lehrpläne – eine Zukunftsoption!

Das ist in Kolumbien, wo mehrere Universitäten an der Karibikküste, darunter die von Santa Marta, von den Paramilitärs übernommen wurden, alles andere als ungefährlich. Zahlreiche kritische Dozenten und Professoren genauso wie aktive Gewerkschafter wurden ermordet. Über Jahre herrschte ein bleiernes Klima der Angst. „Das gilt auch für viele Schulen“, so Reales. Sie ist die Verbindungslehrerin zu „Escuelas de Palabra“, koordiniert die Treffen mit den Bildungsexperten, die das Kollegium

beraten, neue didaktische Ansätze erläutern und den Schulen fünf potenzielle Vorgehensweisen vorstellen, um die jüngere Geschichte im Unterricht zu verankern und das Miteinander an der Schule zu fördern.

In der „Escuela Normal Superior María Auxiliadora“ ist diese Entwicklung kaum zu übersehen: Auf dem Schulhof, aber auch in den langen Gängen sitzen Kleingruppen von vier bis sechs Mädchen oder jungen Frauen, die an einem Projekt arbeiten. Recherchen zur Situation an Schulen, an denen Kleingruppen angehender Lehrerinnen ihr vierwöchiges Praktikum absolvieren sollen, sind genauso Usus wie solche zur Geschichte des Paramilitarismus in der Region. Anspruchsvolle Aufgaben, denn die kolonial geprägte Hafenstadt zählt zu den Orten Kolumbiens, an denen besonders viele Binnenflüchtlinge strandeten und zum Neuanfang gezwungen waren. „Das spiegelt sich auch unter den Schülerinnen wider, die aus dem ganzen Stadtgebiet und allen sozialen Schichten kommen“, so Reales beim Rundgang. Darunter auch Opfer der paramilitärischen Verbände genauso wie Kinder von Eltern, die zu den Anhängern der selbster-



Wir Älteren müssen der nachwachsenden Generation das Träumen ermöglichen. Dazu gehört der Glaube, dass es eine Chance gibt, den Kreislauf von Gewalt und Korruption zu durchbrechen.



SANDRA BENDEK,
LEHRERIN

nannten Selbstverteidigungseinheiten Kolumbiens (AUC) oder zu deren Gegnern, der mittlerweile demobilisierten FARC-Guerilla, gehören. Ein Spagat, den die Schule mit der Maxime der Friedenskultur leisten muss. Der kritische, humanistische Ansatz gepaart mit der Verpflichtung des Respekts für alle anderen ist im und außerhalb des Unterrichts verankert.

„Wir sind alle Teil des Konflikts, der uns prägt. Es gibt direkte und indirekte Opfer“, schildert Reales den Ansatz und begrüßt ihre Kollegin Sandra Bendek, die sich gerade mit zwei 17-jährigen Schülerinnen unterhält – Victoria Rieta und Luisa Mantilla Guerrero, die bald ihr erstes Praktikum in einer Landschule absolvieren und sich jetzt darauf vorbereiten. „Als Lehrerinnen sind wir Vorbilder, an uns orientieren sich Kinder und Jugendliche. Wir müssen sie mitnehmen, sie auch auf sozio-emotionaler Ebene unterstützen. Das geht aber nur, wenn wir unseren inneren Frieden gefunden haben“, erklärt Rieta. Für ihre Mitschülerin Guerrero ist klar, dass Teamwork und Verantwortung die Schlüssel sind, um den Wandel in Kolumbien zu initiieren. „Wir wollen etwas ändern und damit fangen wir hier in Santa Marta an – gemeinsam. Korruption und das Fehlen von Integrität und Werten prägen diese Gesellschaft. Doch hier haben wir gelernt, dass es auch anders geht.“

Aussagen, die den beiden Lehrerinnen gefallen dürften, denn beide setzen all ihre Hoffnungen auf die Jugend. Die soll in Kolumbien die Weichen stellen. Dabei können die Schulen des Landes eine zentrale Rolle spielen. Die Überarbeitung der Lehrpläne, die Auseinandersetzung mit der jüngeren Geschichte im Unterricht und die Ausbildung der Lehrkräfte als Multiplikatoren einer Friedenskultur sind dabei zentrale Elemente. Die weitreichende Autonomie der einzelnen Schulen und der Kollegien ist ein Trumpf, denn das Bildungsministerium gibt nur die Inhalte der zentralen Fächer vor, nicht aber jene in Geschichte oder Sozialkunde. „Dadurch haben Lehrkräfte und Schulen Autonomie, und die haben wir hier genutzt, um eine Kultur der Konfrontation durch eine Kultur des Dialogs auf allen Ebenen der Schule zu ersetzen“, sagt Reales. „Wir Älteren müssen der nachwachsenden Generation das Träumen ermöglichen. Dazu gehört der Glaube, dass es eine Chance gibt, den Kreislauf von Gewalt und Korruption zu durchbrechen“, meint Lehrerin Bendek. Dafür engagiert sie sich in der Schule, aber auch außerhalb. Das trägt in Kolumbien durchaus Früchte – und nicht nur innerhalb des Netzwerks der Schulen, die an dem Programm teilnehmen, das eine Kooperation von sieben Nichtregierungsorganisationen unter Schirmherrschaft der Wahrheitskommission in mehreren Landesteilen implementiert hat.

Die Parlamentswahlen vom 13. März sind dafür ein Indiz. Sie haben die Verhältnisse in den beiden Kammern der Volksvertretung erstmals seit Jahren so verändert, dass progressive Parteien die seit Dekaden regierende Rechte gemeinsam überstimmen können. Ein Hoffnungsschimmer. Mit der Präsidentschafts-Stichwahl am 19. Juni wurde dann der politische Wandel im Land beschleunigt: Kolumbien erhält mit Gustavo Petro den ersten linken Präsidenten seit mehr als 50 Jahren. Eine entscheidende Rolle spielte dabei die jüngere Generation, die mehrheitlich für Petro stimmte. Daran haben Schulprojekte wie „Escuelas de Palabra“ ihren Anteil. ■

IN KLEINGRUPPEN BESCHÄFTIGEN SICH DIE MÄDCHEN UND JUNGEN FRAUEN MIT DER GESCHICHTE DES PARAMILITARISMUS IN IHRER REGION.



SOUVENIRS AUS KINDERARBEIT



ANTJE MONSHAUSEN,
LEITERIN DER ARBEITSSTELLE TOURISM WATCH
BEI BROT FÜR DIE WELT

INTERVIEW: MARTINA HAHN
freie Journalistin

Reisen wir heute fairer und nachhaltiger als vor der Corona-Krise? Nur bedingt, sagt Antje Monshausen von Tourism Watch. Auch das Risiko von Kinderarbeit im Tourismus habe sich wieder erhöht.

E&W: Frau Monshausen, hat Kinderarbeit im Tourismus durch die Pandemie zugenommen?

Antje Monshausen: Ja. Vor der Corona-Pandemie ging die Zahl arbeitender Kinder zurück – von 2019 auf 2020 ist sie wieder um 5 Prozent gestiegen. Heute arbeiten 160 Millionen Kinder, die Hälfte davon wird ausgebeutet. Dass wieder mehr Kinder schufteten, hat einen Grund: Viele Eltern haben mit der Pandemie ihre Jobs verloren –

auch im Tourismus, etwa in der Karibik oder in Ländern wie Sri Lanka und Gambia.

E&W: Welche Jobs haben Kinder und Minderjährige im Tourismus?

Monshausen: Oft arbeiten sie, für Touristen unsichtbar, illegal in Wäschereien, Restaurants, Küchen. Oder sie verkaufen Souvenirs am Strand oder in Bars. Kinder werden auch Opfer sexueller Ausbeutung durch Reisende.

E&W: Ist die Gefahr auch hier gestiegen?

Monshausen: Ja, durch die Digitalisierung. Beispiel Peru: Dort haben vor der Pandemie 79 Prozent der Minderjährigen das Internet genutzt, heute sind es 92 Prozent – sprich: Sexualstraftäter können viel leichter, und noch vor Antritt der Reise, Kontakte aufbauen. Oder Beispiel Philippinen: Dort finden sich heute dreimal so viele Bilder und Videos von sexuellem Missbrauch im Internet wie 2020. Auch ein neuer Reisetrend hat das Risiko der

sexuellen Ausbeutung von Kindern verstärkt: Workations, also das wochen- und monatelange Homeoffice in einem Urlaubsort. Pädokriminelle Reisende haben dadurch länger Gelegenheit, Kontakte mit Kindern anzubahnen und Vertrauen aufzubauen.

E&W: Kann ich als Reisender oder Reisende Kinder schützen – und wenn ja: wie?

Monshausen: Wählen Sie einen Reiseveranstalter, der den Kinderschutzkodex The Code unterzeichnet hat oder das Nachhaltigkeitslabel TourCert vorweisen kann, bei dem Kinderschutz ein Kriterium ist. Wenn Sie individuell reisen, achten Sie darauf, dass möglichst viel Geld vor Ort ankommt – denn gute Einkommen für Eltern schützen Kinder! Wir haben als Hilfestellung den One Planet Guide entwickelt, einen digitalen Begleiter. Er hilft von der Urlaubsplanung über das Reiseerlebnis vor Ort bis zum In-Kontakt-Bleiben nach den Ferien. Und er hilft, die Auswirkungen der eigenen Reise einzuordnen.

E&W: Was halten Sie von Schul- und Projektbesuchen während der Reise?

Monshausen: Gar nichts, wenn es dabei zu Kontakten mit Kindern kommt. Leider bieten Reiseveranstalter immer noch solche Besuche an, aber das sollte man lassen. Sie reißen Kinder aus Unterricht oder Freizeit.

E&W: Wie reagiere ich am besten, wenn ich während der Reise auf ein bettelndes Kind treffe?

Monshausen: Ich weiß, es fällt schwer – aber geben Sie dem Kind keine Geschenke oder Geld.

Die Eltern werden es sonst erst recht auf die Straße schicken anstatt zur Schule.

E&W: Und wenn ich sehe, dass ein erwachsener Gast einem Kind gegenüber sexuell übergriffig wird?

Monshausen: Dann zeigen Sie Zivilcourage – informieren Sie etwa das Hotelpersonal oder die Polizei vor Ort. Oder melden Sie ihre Beobachtungen über www.nichtwegsehen.net. Dahinter stehen die Kinderrechtsorganisation ECPAT und das Bundeskriminalamt. Sie prüfen jeden Fall und kooperieren mit der Polizei vor Ort.

E&W: Bei Schulabsolventinnen und -absolventen liegen Freiwilligen-Urlaube im Trend, etwa in Waisenhäusern oder Schulen. Hilft das Kindern?

Monshausen: Nein, oft schadet es ihnen sogar. Bei vielen Kurzzeit-Angeboten im Bereich des Voluntourismus werden die Freiwilligen kaum vorbereitet. Problematisch ist auch, wenn Freiwillige an Schulen unterrichten und Lehrkräfte ersetzen. Eine Lehrkraft in Kambodscha verdient im Jahr etwa 1.200 Euro – das ist in etwa so viel, wie ein zweiwöchiger Aufenthalt in einem Voluntourismus-Projekt kostet! Vor Ort kommt davon aber fast nichts an.

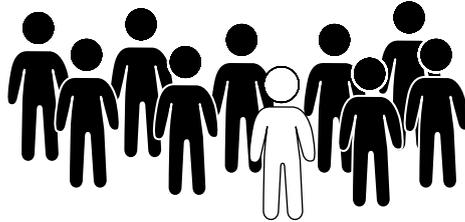
Unterrichtsmaterialien und weitere Infos aus diesem Beitrag: gew.de/ew-7-8-22



Foto: IMAGO/YAY Images

WÄHREND DER CORONAPANDEMIE IST DIE ZAHL ARBEITENDER KINDER IN DER TOURISMUSBRANCHE GESTIEGEN.

ÜBERLASTETE KRISENMANAGER



REDAKTION

„Erziehung und Wissenschaft“

Fast neun von zehn Lehrkräften fühlen sich stark oder sehr stark belastet. Dies geht aus dem jüngsten Schulbarometer der Robert-Bosch-Stiftung hervor, das Anfang Juni veröffentlicht wurde.

Von den Lehrkräften in Deutschland erleben 92 Prozent ihr Kollegium stark oder sehr stark belastet, 84 Prozent sagen dies auch für sich selbst. 79 Prozent arbeiten in der Regel auch an Wochenenden, für die meisten ist Erholung in der Freizeit kaum noch möglich (60 Prozent). Etwa jede zweite Lehrkraft fühlt sich laut der Umfrage körperlich (62 Prozent) oder mental erschöpft (46 Prozent). Das sind die zentralen Ergebnisse des aktuellen Schulbarometers der Robert-Bosch-Stiftung. Das Meinungsforschungsinstitut Forsa hatte dazu im Auftrag der Stiftung 1.017 Lehrkräfte allgemeinbildender und berufsbildender Schulen im April 2022 befragt.

„Lehrkräfte stehen enorm unter Druck“, kommentierte Dagmar Wolf von der Bosch-Stiftung die Ergebnisse bei der Vorstellung der Studie. Sie müssten nicht nur die Digitalisierung im Rekordtempo nachholen, Corona-Richtlinien überwachen und Lernrückstände aufarbeiten. Es gelte auch, den Fachkräftemangel abzufedern und eine steigende Zahl geflüchteter ukrainischer Kinder und Jugendlicher in die Schulen zu integrieren. Für 44 Prozent der Befragten bestehe ein

Großteil des Unterrichts derzeit aus Krisenmanagement, so Wolf.

Dennoch sind laut Umfrage drei von vier befragten Lehrkräften zufrieden mit ihrem Job (74 Prozent). „Lehrerin oder Lehrer wird man aus Überzeugung“, sagte Wolf. „Aber chronische Überlastung macht auf Dauer krank und unzufrieden. Schulen benötigen deshalb dringend zusätzliches Personal.“

Die GEW macht sich daher dafür stark, die Lehrkräfte massiv zu entlasten und die Unterrichtsverpflichtung zu senken. „Das System steckt in einem Teufelskreis aus Überlastung durch Lehrkräftemangel und Lehrkräftemangel durch Überlastung. Da kommen wir nur raus, wenn die Politik bereit ist, insgesamt mehr Ressourcen ins System zu stecken – auch durch mehr Schulsozialarbeit, schulpsychologische Betreuung und weiteres zusätzliches Personal etwa in der Verwaltung“, kommentiert die GEW-Vorsitzende Maike Finnern die Ergebnisse des Schulbarometers.

Unter der Überlastung der Lehrkräfte litten auch die Kinder und Jugendlichen. „Die deutliche Zunahme von Niedergeschlagenheit, Konzentrations- und Motivationsproblemen unter den Schülerinnen und Schülern ist nicht verwunderlich“, erklärt Finnern. Die soziale Schieflage des Schulsystems, die chronische Überlastung der Beschäftigten und die psychosozialen Probleme der Schülerinnen und Schüler seien mit Maßnahmen wie dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ allein nicht aufzulösen. Die GEW-Vorsitzende fordert die Bundesregierung deshalb dazu auf, die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Bundesmittel für die finanzielle Förderung von 4.000 allgemein- und berufsbildenden Schulen nach einem gerechten, sozialindizierten Schlüssel zu verteilen. ■

Umfrage Deutsches Schulbarometer: [gew.de/ew-7-8-22](https://www.gew.de/ew-7-8-22)



Foto: Thomas Westermann

PROF. HANS-DIETER KLEIN

KLUGER, HUMORVOLLER BERATER

Über drei Jahrzehnte hat Prof. Hans-Dieter Klein die politische Arbeit der GEW Sachsen-Anhalt aktiv mitgeprägt und den Landesverband in verschiedenen Gremien auf Bundesebene vertreten.

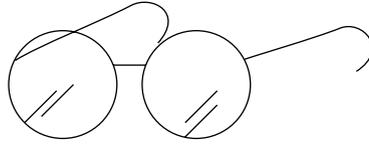
Sein Lebenslauf ist beeindruckend. Geboren 1949, Wagonbauschlosser, Lehrer, Forscher, Hochschullehrer, der jüngste ordentliche Professor zu seiner Zeit und nach der Wende zum Direktor der Sektion Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg gewählt. Die Universität hat er dann verlassen, weil Umstrukturierung und Abwicklung drohten. Das war der Beginn seiner zweiten beruflichen Laufbahn. Am 1. April 1992 wurde er Gewerkschaftssekretär für Hochschulpolitik bei der GEW Sachsen-Anhalt. Zu dieser Zeit war er bereits als Vorsitzender des Vorstandsbereiches Hochschule und Forschung ehrenamtlich tätig. Durch sein Fachwissen und sein Engagement für eine demokratische und beteiligungsorientierte Bildungs- und Tarifpolitik sowie sein streitbares Auftreten für die Interessen der Beschäftigten, Studierenden, Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst sowie der Schülerinnen und Schüler hat er sich und unserer Gewerkschaft großen Respekt bei Arbeitgebern, der Landespolitik und gesellschaftlichen Partnern verschafft. Auch auf Bundesebene wurde sein Engagement geschätzt, als Mitglied der Bundesfachgruppe Hochschule und Forschung, in den Tarifkommissionen, bei den Redakteurinnen und Redakteuren der Landeszeitungen, als Mitglied der Antragskommission bei Gewerkschaftstagen. Nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben 2014 war er der GEW weiterhin aktiv verbunden und arbeitete ehrenamtlich für seine GEW, die ihn und die er mitgeprägt hat.

Im Kreis der Kolleginnen und Kollegen des Landesvorstandes und der Geschäftsstelle genoss Hans-Dieter großes Ansehen. Seine Meinung war stets prägend für die Entscheidungen der Gremien und im Arbeitsteam. Er war nicht nur ein zuverlässiger Experte für viele Themen der Gewerkschaftsarbeit. Hans-Dieter war zugewandt, klug, ruhig und humorvoll. Vielen war er ein Berater, Förderer, ein fairer Kritiker oder Mentor. Am 23. Juni 2022 verstarb Hans-Dieter nach schwerer Krankheit. Wir trauern um einen geschätzten Kollegen und guten Freund, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden. Hans-Dieter, du wirst uns fehlen.

EVA GERTH

Vorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt

MITGLIEDERFORUM



HINTERHÄLTIGER KRIEG

(E&W 4/2022, SEITE 22 F.: „DAS RICHTIGE TUN“)

Der Schriftsteller Bertolt Brecht (1898–1956): „Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß, und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.“ (Galileo Galilei zu Filippo Mucius)

Den Überlegungen unserer GEW-Vorsitzenden Maike Finnern kann ich voll zustimmen. Es ist Krieg. Mag dieser Krieg auch eine nicht ganz eindeutige Vorgeschichte haben, es ist ein hinterhältiger Krieg!

Russlands Invasion bringt einiges in Bewegung. Als Beispiel sei der Antrag „Sofort-Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union (EU)“ herausgegriffen. Die EU-Mitgliedschaft ist jedoch inzwischen, seit Ende 2007, seit der Einigung über den Lissabon-Vertrag, in Wahrheit ein funktionierendes Äquivalent für eine NATO-Mitgliedschaft.

Es sind vor allem die Söhne der Armen, die in den Krieg ziehen müssen, vor dem die Söhne derer verschont bleiben, die diese Kriege befehlen oder nicht beenden. Natürlich hat die Ukraine ein Recht auf Selbstverteidigung, aber auch die Pflicht zur Klugheit. Nach dem Krieg wird die EU eine andere sein, nicht zum Nachteil der USA.

Ulrich Bald, Hagen

VERDECKTE PROPAGANDA FÜR PUTIN

(E&W 5/2022, SEITE 40: „GEW-RESOLUTION ZUM UKRAINE-KRIEG“)

Die Resolution des Hauptvorstandes (HV) der GEW zum Ukraine-Krieg ist zum größten Teil begrüßenswert. Aber der letzte Absatz ist nicht hinzunehmen. Der HV, das höchste beschlussfassende Gremium zwischen den

Gewerkschaftstagen, scheint nichts aus der Geschichte gelernt zu haben. Nur Stärke hält aggressive und verbrecherische Regimes in Schach und sichert Frieden. Zurzeit ist die Bundeswehr in einem Zustand, der ein imperialistisches Regime wie Russland geradezu zum Überfall einlädt. Der naive, bedingungslose Pazifismus ermutigt, den von Russland praktizierten Massenmord auszudehnen. Ukraine, Moldawien, Baltikum, Finnland, Schweden und ... Deutschland. Wie viel ist der HV bereit, zu opfern? Es ist eine Unverschämtheit, in einer derart umstrittenen politischen Frage für die Mitgliedschaft zu sprechen und die Meinung eines Großteils der GEW-Mitglieder ins Gegenteil zu verkehren. Inzwischen ist laut aktueller Infratest-Umfrage erstmals ein Großteil der Deutschen dafür, die US-Atomwaffen in Deutschland zu belassen oder sogar zu modernisieren und aufzustocken. Wie kommt der HV ohne Befragung darauf, dass die Mehrheit der GEW-Mitglieder seinen Pazifismus mitträgt. Mir scheint, hier haben sich die in der GEW vertretenen Altstalinisten/Putinisten durchgesetzt. Zwar trauen sie sich momentan nicht, ihre Russland-Hörigkeit offen zu praktizieren, verbreiten aber, alter Tradition entsprechend, verdeckt Propaganda, die Russland nützt. Arnold Zech-Gudra, Berlin

AUS DER GESCHICHTE LERNEN

Kein halbwegs vernünftiger Mensch kann etwas wie Krieg gut finden. Ich spreche aus Erfahrung. Ausdruck dieser friedlichen Gesinnung ist der Spruch: „Frieden schaffen ohne Waffen!“ – sehr schön gesagt! Aber der Frieden, den wir seit dem 8. Mai 1945 genießen, ist mit einem blutigen Krieg und sehr vielen Waffen zustande gekommen. Man darf doch wohl fragen: Was wäre gewesen, wenn die Alliierten dem faschistischen Hitler-

deutschland nicht mit Waffen entgegengetreten wären oder wenn Russland sich nicht gewehrt hätte?

Diktatoren wie Adolf Hitler und Wladimir Putin brauchen und beginnen Kriege. Und die Angegriffenen: Sollen die sich ohne Waffen fügen? Die Ukraine zum Beispiel: Was wäre Europa heute ohne die alliierten Waffen damals? Freie Bahn für die, die einen Krieg beginnen? Die Geschichte zeigt es – und die Gegenwart auch: Es gibt unangenehme Zeitgenossen. Da helfen keine schönen Worte. Natürlich wäre Frieden in der Ukraine zum Preis der Unterwerfung fast sofort möglich. So wie der ganze Zweite Weltkrieg mit all seinen Verwüstungen vermeidbar gewesen wäre, wenn sich alle Länder dem Nazisystem – den Deutschen – unterworfen hätten. Soll das Frieden sein?
Peter Reinhardt, Neckartenzlingen

MÄNNERQUOTE NOTWENDIG

(E&W 5/2022, SCHWERPUNKT SEITE 6 FF.: „MÄNNER IN PÄDAGOGISCHEN BERUFEN“)

Ohne Quote gibt es keine Geschlechtervielfalt in pädagogischen Berufen. „Seit Jahrzehnten hat sich das Geschlechterverhältnis in der sozialen Arbeit kaum verändert“, so die ernüchternde Feststellung in dem Artikel. Im Bereich der Grundschule sinkt der Männeranteil seit den 1990er-Jahren. Es gibt vielfältige Ausführungen, wie auch in dieser E&W-Ausgabe, warum Geschlechtervielfalt gerade in Grundschulkollegien wichtig wäre, zum Beispiel um geschlechtsstereotypische Rollenbilder aufzubrechen. „Ohne Quote geht’s nicht!“, wird immer wieder festgestellt, wenn es darum geht, den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen. Mein Rückschluss daraus ist, dass wir es ohne Quote auch in den pädagogischen Berufsfeldern nicht schaffen, den Männeranteil zu erhöhen. Nur mit Quote werden wirksamere Anstrengungen unternommen, Männern den Zugang zu pädagogischen Arbeitsfeldern zu erleichtern. Sonst werden wir in geraumer Zeit wohl wieder ernüchtert feststellen müssen, dass sich das Geschlechterverhältnis in der sozialen Arbeit weiterhin kaum geändert hat.

Andreas Roller, Oberursel

MÄNNER BEVORZUGT EINSTELLEN

Männer in pädagogische Berufe bringen? Ich hätte da eine gar nicht neue Idee: Quotenregelung. Bei gleicher Qualifikation werden Männer bevorzugt. Wenn es in der

Industrie hilft, hilft es bestimmt auch in Kita und Grundschule. Wäre spektakulär gleichberechtigt.

Marcus Göbel, Obrigheim

HOCHANGEGEHENER VERBRECHER

(E&W 5/2022, SEITE 26 FF.: „VOM ZEIT- ZUM ZWEITZEUGEN“)

Ich habe in der Mai-E&W den hochinteressanten Artikel von Christoph Ruf „Vom Zeit- zum Zweitzeugen“ gelesen. Dazu möchte ich anmerken, dass es auch noch eine zweite Gruppe von Zweitzeugen gibt, nämlich Menschen, die mit ehemaligen Tätern Kontakt hatten und darüber berichten können. Das trifft auch auf mich zu, da ich in den 1970er-Jahren mit dem Vater eines Mitschülers, dem KZ-Arzt Hans Münch, Kontakt hatte, ohne damals etwas von dessen schrecklichen Verbrechen zu wissen. Münch war zu jener Zeit ein hoch angesehener Arzt im Allgäuer Dorf Roßhaupten, und ich war mehrfach Gast in seinem Ferienhaus in Griechenland. Erst Jahrzehnte später wurde ich über Zeitungsberichte auf diesen Hintergrund aufmerksam, begann zu recherchieren und habe ein Buch darüber mit dem Titel „Der gute Mensch von Auschwitz?“ veröffentlicht.

Hans Schütz, Peiting

IN DIE FALLE GETAPPT

(E&W 5/2022, SEITE 29 FF.: „KEIN RICHTIG ODER FALSCH“)

Der Autor zeichnet ganz richtig das Problem auf, auf das die ritualisierte Erinnerungskultur zunehmend stößt, je weniger persönlicher Bezug zur NS-Zeit besteht. Die beiden Ansätze für eine „heterogene Erinnerungskultur“, die er dann nennt, tappen allerdings in eben jene Falle, vor der noch im Absatz zuvor gewarnt wird: die Reproduktion von Herrschaft und Ausgrenzung. Denn die Idee, muslimische Jugendliche abzuholen, indem man auf türkische jüdische Opfer und auf arabische NS-Kollaborateure verweist, kommt eher dem Versuch gleich, bei diesen Schülern eine Art Teilschuld-Gefühl zu erzeugen (ähnlich wirkt das Beharren auf dem Völkermord an den Armeniern). Ignoriert werden dabei sowohl der kolonialhistorische Hintergrund wie die Tatsache, dass es auch eine Geschichte des arabischen und muslimischen Antifaschismus gab. Schließlich frage ich mich, wieso das >>>

>>> offensichtlich sinnvollste Konzept nicht erkannt wird: Die Verbindung zwischen NS-Rassismus gegen Juden, Roma, Slawen, Schwarze, Afrikaner und Araber einerseits und den Rassismuserfahrungen von Migranten heute andererseits zu ziehen, würde Letzteren einen Zugang zu diesem Kapitel ermöglichen, den die meisten Deutschen nicht haben.

Leon Wystrychowski, Duisburg

DIGITALE LEHRE ERMÖGLICHEN

(E&W 5/2022, SEITE 32 F.: „HOCHSCHULEN AM LIMIT“)

Seit meinem 13. Lebensjahr bin ich, Jahrgang 1969, schwer hirnerkrankt und in meiner Bewegungsfähigkeit behindert. Durch Lehraufträge habe ich der digitalen Lehre in der Corona-Pandemie viel Positives abgewonnen. Aber die Hochschulleitungen wollen unbedingt wieder in die Präsenzlehre umschalten, um das hochschulische Wirtschaftssystem am Laufen zu halten. Behinderte Lehrbeauftragte sind hier nicht im Fokus. Für behinderte Studenten kann die digitale Lehre gewinnbringend sein. Zum Beispiel könnte eine blinde, dialysepflichtige Frau studieren. Über die digitale Lehre könnte sie das Studium in der Regelstudienzeit abschließen und müsste keine – von der Hochschule sicher gut gemeinte – Studienzeitverlängerung in Anspruch nehmen. Letztere ist bei einer lebenszeitverkürzenden Behinderung/Erkrankung für den Berufseinstieg schädlich.

Mit Blick auf Artikel 24 Absatz 5 UN-Behindertenrechtskonvention sind für behinderte Studierende die Chancen der digitalen Hochschulbildung in den Blick zu nehmen. Carsten Rensinghoff, Witten

UNTERNEHMEN HÖHER BESTEUERN

(E&W 5/2022, SEITE 34 F.: „MASTERPLAN FÜR BILDUNG NÖTIG“)

Die von Prof. Christoph Butterwege aufgestellten Prinzipien, um die Schulstrukturen zu verbessern, sind finanzierbar. Die Corona-Krise und der abscheuliche Krieg Russlands gegen die Ukraine haben massive ökonomische Folgen, treiben die Staatsschulden ebenso in die Höhe wie die Inflation. Verbraucher, Steuerzahler, Arbeitnehmer zahlen drauf. Die deutschen Unternehmen aber schwimmen im Geld. Eine Reihe von Unternehmen, die sich besonders großzügig gegenüber ihren Aktionären zeigen,

sind in der Corona-Krise mit Steuer- und Sozialversicherungsgeldern unterstützt worden. Die Dividenden fließen jetzt aber an wenige, die schon viel haben: Verteilung von unten nach oben! Der Staat hat zwar keinen Einfluss auf die Höhe der Dividende, aber er kann steuernd eingreifen: Höhere Unternehmenssteuern und eine Vermögensabgabe, um nur zwei zu nennen, sind probate Mittel, gesellschaftliche Missstände abzumildern.

Ulrich Bald, Hagen

FACHLICH FRAGWÜRDIGE SICHT

(E&W 6/2022, SEITE 18 F.: „BLINDE FLECKEN IM GESCHICHTSUNTERRICHT“)

Die Äußerungen des Autors Mark Terkessidis zu „blinden Flecken im Geschichtsunterricht“ halte ich für fragwürdig. Anders als von Terkessidis kritisiert, ist Multiperspektivität, unter anderem auch mit dem Ziel, unser eurozentrisches Geschichtsbild aufzubrechen, seit vielen Jahren ein wichtiges Prinzip der Geschichtsdidaktik, in der Ausbildung von Geschichtslehrerinnen und -lehrern sowie in allen aktuellen Lehrplänen. Die Lehrpläne geben vor, das wichtige Thema Kolonialismus bei der Behandlung der Entdeckungsgeschichte, des Zeitalters des Imperialismus und des Nord-Süd-Konfliktes ausführlich multiperspektivisch und mit „postkolonialem Blick“ zu behandeln. Die Behauptung von Terkessidis, der aktuelle Geschichtsunterricht beschränke sich im Schulalltag auf nationale und europäische Geschichte, entspricht nicht meiner Wahrnehmung als langjähriger Geschichtsfachleiter. Fachlich fragwürdig erscheint mir der Vorschlag, den Begriff Kolonialismus auch für die polnischen Teilungen des 18. Jahrhunderts zu verwenden. Machtpolitische Konflikte zwischen Staaten pauschal als „kolonial“ zu bezeichnen, verkennt die spezifischen Merkmale des Kolonialismus, die in den vorliegenden Imperialismustheorien ausdifferenziert werden.

Holger von Boetticher, Aachen

HASSERFÜLLTE ANWÜRFE

(E&W 6/2022, MITGLIEDERFORUM SEITE 42: „VERLOGENE GRÜNE“)

Ich frage mich, warum die Redaktion einen Leserbrief veröffentlicht, dessen Autor sich aus der finstersten Ecke eines Stammtisches zu Beleidigungen und hasserfüllten

Anwürfen hinreißen lässt, die in unserer Gewerkschaftszeitung keinen Platz finden dürfen. Zum Fremdschämen geeignet ist dann der Beitrag zur Diskussion um die 100 Milliarden Euro, die nach der Vorstellung des Leserbriefschreibers Hartmut Wagner in Fortsetzung geschichtsbekannter Geisteshaltung „für die Bildung in der Ukraine“ eingesetzt werden sollen!

Friedenspolitisch ernst zu nehmen ist dieser Kollege nicht. Übrigens, mein Vater wurde von US-amerikanischen Soldaten auf einem Todesmarsch befreit. Soviel zur Behauptung, dass der Einsatz von Waffen nicht hilfreich sei.

Heidi Delbeck, Gstadt

ALLERUNTERSTE SCHUBLADE

Beim Lesen der Juni-Ausgabe der E&W blieb mir die Spucke weg. Wie kann man einen Brief abdrucken, in dem politisch engagierte Menschen als „widerliche Akteure“

bezeichnet werden. Das ist allerunterste Schublade und geht locker als „Hass und Hetze“ durch.

Ich bitte die GEW, künftig bei der Auswahl der Leserbriefe sorgfältiger vorzugehen.

Jörg Spengler, München

Kontakt

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postfach 900409,

60444 Frankfurt a. M.

E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

Ihre Anzeige in der E&W: **Tel. 0201/84300-0**
anzeigen@stamm.de



WAS KRABBELT DENN DA?

Teste jetzt dein Wissen mit dem NABU Insektentrainer!

WWW.INSEKTENTRAINER.DE

Foto: NABU/CEVE/Manek/Mierzewski

Andalusien

Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies.

T: 05171/16343 www.la-ruca.de

Kleine, feine Pension, türkische Ägäis am Meer direkt am Dilek-Nationalpark. Kunst-Kultur-Natur: Efesus, Milet, Malkurse, leckere türkische Küche u.v.m.

E-mail: info@domizil-lina-art.de
Web: www.domizil-lina-art.de
Whatsapp: 0090 533 390 48 99

Die Quintenzirkeluhr

und viele Lehrmittel am Puls der Zeit

*Verlängerung unserer Aktion
10% Spende für die Ukraine-Hilfe
auf unser gesamtes Sortiment bis 31.12.2022*

Uvds UvdS-Design.com
webshop.uvds-design.com

www.schulorganisation.com

Dokumentation
Organisation
Rechtssicherheit

☎ 02521 29905-10

SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

Hamburg Schülertouren

St. Pauli, Speicherstadt, Hafensrundfahrt
kiezjungs@gmail.com, T: 040-27872891

www.kiezjungs.com



Helfen
Sie unter
www.dkhw.de

Ihre Spende gibt
Kindern ein
gutes Bauchgefühl.



DIESMAL



JÖBST-TILMAN K. v. 76 -- NEUE DEUTSCHE LYRIK